Dossier : die Arbeitslosigkeit von heute und die Arbeit von morgen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Tito Tettamanti,
geboren 1930, Dr. iur. Rechtsanwalt, war Mitglied der Regierung des Kantons Tessin. Er ist Gründer und Hauptaktionär der Fidinam Treuhandgesellschaft und international als Unternehmer im Immobilien- und Finanzsektor tätig. Ehrepräsident der Saurer AG. T. Tettamanti präsidiert den «Verein Bürgergesellschaft», tritt des öfteren als Teilnehmer an Konferenzen und Debatten auf und veröffentlicht Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften. Er ist Autor der Bücher «Welches Europa?» (Zürich 1994, Ammann) und «Manifest für eine liberale Gesellschaft» (Zürich 1996, Ammann).

Arbeitslosigkeit – Alptraum und Herausforderung

Der «Verein Bürgergesellschaft» hat am 7./8. November 1997 an einem Symposium im «Wolfsberg» in Ermatingen über das Thema «Arbeitslosigkeit von heute und die Arbeit von morgen» debattiert. Nach einem Überblick über die Problemstellung werden hier die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und kommentiert.

The most important outcomes of the symposium on the subject of «The Nature of Unemployment Today and of Work Tomorrow» can be summarised as follows: unemployment begets frustrations, fears and human tragedies which in turn create a substantial potential for social tension, which could turn into a severe ordeal for society as a whole. The Civil Society is faced with a many-layered problem – one which is not even seen the same way by everyone, owing to their different interests and time horizons. The numerous approaches in terms of even explaining its causes, as well as the impossibility of agreeing on an unambiguous and generally acceptable picture of future requirements, do not constitute a very solid basis for finding a universal model with which to solve the problem. It is unrealistic to expect that the Anglo-Saxon model of deregulation and privatisation, although more-or-less proven successful, could be transferred, unmodified, to continental Europe. The different socio-cultural and political prerequisites at play make this impossible. Nevertheless, in the exchange of ideas it is useful to clarify the different standpoints and look for fixed points shared by the two systems, which, in an era of fundamental change and pluralism of values, will make a common orientation some-what easier to find. Unfortunately, the advance knowledge which would be needed to overcome all the frictions inherent in a shift from an industrial to an information society, is simply not at hand. Society expects concrete answers from its economic and political elite; however, in light of all the uncertainties and the complexity of the framework of requirements, there are none. The only thing which can sincerely help in this situation is to look for fixed points without any prejudices, to put aside destructive emotions and to be willing to create a common culture of long-term, cooperative and step-by-step problem-solving – as practised at the symposium.

Das Problem der Arbeitslosigkeit und die Frage nach zukünftigen Formen und Möglichkeiten des Arbeitens verursacht in allen Schichten der Bürgergesellschaft vielfältige Ängste. Es geht um mehr als nur um die Verschwendung von wirtschaftlichen Ressourcen durch brachliegende Kapazitäten: Es geht um Frustrationen und um menschliche Tragödien, die ein erhebliches soziales Spannungspotential erzeugen, das zur gesellschaftspolitischen Zerreissprobe werden könnte. Was zunächst nur als zwar ernstes, aber isolierbares Problem wahrgenommen wurde, ist zu einer Herausforderung an alle geworden, von der alle – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – betroffen sind.

Hohe Komplexität – unmöglicher Konsens

In den Debatten wurde offensichtlich, dass es nicht möglich ist, sofort anwendbare und wirksame Lösungen anzubieten.

Das offene Gesprächsklima ermöglichte glücklicherweise den Verzicht auf pauschale Schuldzuweisungen und demagogische Scheinrezepte, da sich alle Teilnehmer bewusst waren, dass ihr Beitrag nur ein Mosaikstein zu einem grösseren Ganzen sein konnte.

Es zeigte sich, dass ein harmonisches Zusammenfügen vielfältigster Argumentationen unmöglich ist, und dass auch Kompromisse zwischen unterschiedlichsten Ansätzen illusorisch bleiben. Die Erkenntnis, dass zahlreiche Lösungsvorschläge unvereinbar sind und sich aufgrund zahlreicher Effekte und Nebeneffekte kontraproduktiv auswirken könnten, ist zwar irritierend und frustrierend, aber sie schafft doch ganz generell mehr Klarheit über die Komplexität der Ausgangslage.

Zweifellos hat uns die gegenwärtige Notlage unvorbereitet getroffen. Die Vollbeschäftigung, eine Säule unseres Wohlstandes, eine Voraussetzung dessen, was wir bisher als «gesund» bezeichnet haben, ist zusammengebrochen. Vielleicht sind allerdings unsere Vorstellungen, Erfahrungen und Vergleichsmöglichkeiten über das gesellschaftlich und wirtschaftlich Gesunde überholt. Welchen Sinn hat es und welche konkreten Möglichkeiten bestehen, die Arbeit, so wie sie von uns bis gestern aufgefasst wurde, zu verteidigen, wenn diejenigen Recht hätten, welche behaupten, die Arbeitsgesellschaft sei am Ende? (Vgl. dazu etwa *Jeremy Rifkin,* Das Ende der Arbeit, Frankfurt a. M., 1997 und *André Gorz,* Misère du présent, Richesse du possible, Editions Galilée, Paris 1997).

Viele vertreten jedoch – und zwar mit durchaus gewichtigen Argumenten – die gegenteilige Meinung, die Arbeitsteilung eröffne unendlich viele neue Arbeitsmöglichkeiten. Im Kommentar zur Arbeitsgruppe 1 von *Robert Nef* (auf Seite 30 dieses Hefts) sind auf mehreren Zeilen die widersprüchlichsten Ursachen der Arbeitslosigkeit aufgelistet. Wie kann man bei so vielen Widersprüchen im Bereich der Ursachen zu einer eindeutigen Diagnose des Grundübels kommen?

Wenn schon die Diagnose derart grosse Schwierigkeiten bereitet, erstaunt es nicht, dass auch die Therapievorschläge zu einem grossen Teil inkompatibel sind. Eine wichtige Quelle von Meinungsdifferenzen sind die unterschiedlichen Zeithorizonte. Was kurzfristig wirksam sein mag, kann sich mittel- und langfristig als kontraproduktiv erweisen. Zudem gibt es auch Betrachtungsweisen, die in der einen Branche, etwa im Industriebereich, zutreffend, in der anderen, etwa im Dienstleistungsbereich, aber verfehlt sind. Wer von der Sorge erfüllt ist, die Errungenschaften unserer Gesellschaft zu verteidigen, kommt zu anderen Massnahmen, als wer an eine unvermeidbare kreative Zerstörung glaubt. Dies führt zur Zwischenbilanz, dass man sich lediglich über die Dimension und die Tragweite des Problems einig war, dass aber sowohl bezüglich Diagnosen als auch bezüglich Therapien keinerlei Übereinstimmung herrschte.

Es geht um Frustrationen und um menschliche Tragödien, die ein erhebliches soziales Spannungspotential erzeugen.

Ist ein solches Resultat nicht enttäuschend? Ich glaube nicht. Das Kolloquium hatte nicht das Ziel, Rezepte für definitive Lösungen zu finden. Es ging darum, den Mitgliedern der Bürgergesellschaft eine Gelegenheit zum Dialog, zum Austausch und zum vertieften Gegenüberstellen von Meinungen zu bieten. Ferner sollte, wozu die Debatte sicher beigetragen hat, das Verständnis für die Komplexität, die Vielfalt und die Schwierigkeit des Themas vertieft werden.

Die Lösung kann weder in einem Flickwerk von Sofortmassnahmen noch im Kompromiss von Unvereinbarkeiten liegen, sondern in der harten Knochenarbeit, welche die Thesen verfeinert, die empirischen Daten vervollständigt und auswertet und einen kleinsten gemeinsamen Nenner jenseits aller Scheuklappen und Vorurteile sucht.

Die Lösung kann weder in einem Flickwerk von Sofortmassnahmen noch im Kompromiss von Unvereinbarkeiten liegen.

Eine der Hauptschwierigkeiten besteht in der unterschiedlichen Wahrnehmung des Problems durch unterschiedliche Arten und Intensitäten der Betroffenheit und Beteiligung. Wer seine Arbeitsstelle sichern und erhalten will, sieht andere Probleme und Lösungen, als derjenige, der arbeitslos ist und eine Stelle sucht, und für einen Unternehmer kann es je nach Situation näher liegen, Arbeitsplätze zu sichern oder die Produktivität zu erhalten und zu steigern. Eine besondere Rolle spielen die Politiker, die einerseits durch Versprechungen Stimmen und Macht erhalten wollen, andererseits aber Enttäuschungen und Frustrationen vermeiden müssen, um glaubwürdig zu bleiben. Dies alles führt zu einer Mischung von Widersprüchen,

Standpunkten, Teildiagnosen, die derart verschieden sind, dass sie praktisch eine rationale Festlegung auf einen gemeinsamen Nenner verunmöglichen.

Der freiliegende Nerv, der die Dinge an die Schmerzgrenze treibt, ist die menschliche Komponente der Arbeitslosigkeit. Wie bei einer ärztlichen Diagnose und Therapie bzw. beim Urteil über die Opportunität eines chirurgischen Eingriffs, kann sich der Fachmann auch in ökonomischen Grenzsituationen leicht den Vorwurf des Zynismus einhandeln. Wer die Gesamtsituation miteinbezieht, läuft oft Gefahr, im Einzelfall zu wenig sensibel und zu wenig menschlich zu handeln. Die Verantwortung verlangt Entscheide aufgrund ökonomischer Zusammenhänge und statistisch erhärteter Gesetzmässigkeiten, während die Gesinnung die befriedigende Lösung des Einzelfalls anstrebt. Emotionen können die Rationalität von Entscheidungen beeinträchtigen, es wäre aber weltfremd und unmenschlich, in jedem Fall die Ausschaltung aller Empfindungen zu verlangen. Menschliche Tragik mag zwar statistisch irrelevant sein, aber sie kann und soll unser Verhalten und unsere Gefühle mitbestimmen.

Wir sehen die Probleme des kommenden Jahrhunderts stets nur durch die Brille des 20. Jahrhunderts.

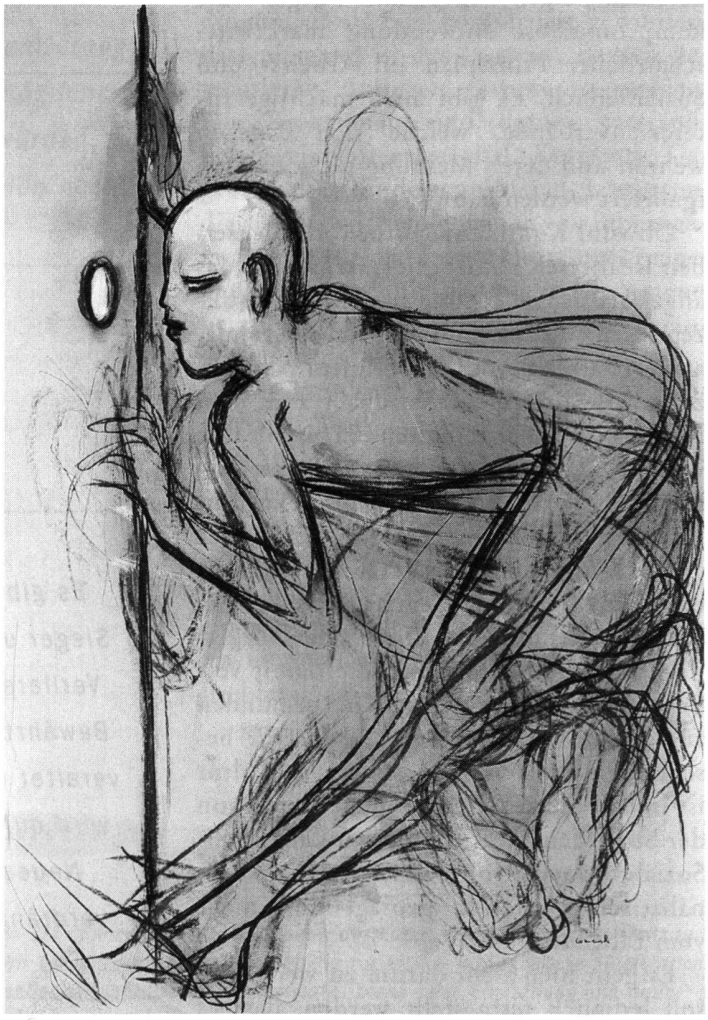
Das angelsächsische Modell: erfolgreich, aber kaum akzeptiert

Von 1970 bis 1994 wurden in den USA 47 Mio. Arbeitsplätze geschaffen (nachdem der Verlust von etwa 30 Mio. obsoleten Arbeitsplätzen verkraftet worden war). Im gleichen Zeitraum wurden in der EU mit einer um etwa 50 Prozent grösseren Bevölkerung lediglich 5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Besonders problematisch ist jedoch die Tatsache, dass hiervon 7 Mio. Arbeitsplätze durch den Staat geschaffen wurden und in der Privatwirtschaft 2 Mio. verlorengingen.

In den Jahren 1995, 1996 und 1997 wurden in den USA zwischen 200 000 und 300 000 Arbeitsplätze pro Monat geschaffen, d. h. 2 bis 3 Mio. pro Jahr, in der EU hingegen wenige oder gar keine.

Die Arbeitslosenquote beträgt in den USA derzeit etwa 4,5 Prozent, in England etwa 6 Prozent und in den Ländern von Kontinentaleuropa zwischen 11 und 12 Prozent (dies trifft auch für Deutschland und Frankreich zu). Andere Angaben (Wachstumsrate, Prozentsatz langfristiger Arbeitsloser, steuerliche Belastung auf Löhnen usw.) bestätigen dies. Das ökonomische System der angelsächsischen Länder scheint empirisch eine bessere Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung gefunden zu haben, zumindest jedoch auf die Anforderungen des Strukturwandels.

Die Tatsachen und die Statistiken haben auch widerlegt, dass es sich bei den neuen Jobs lediglich um Beschäftigungen im Billiglohnbereich handelt, was auch von *Robert Reich,* dem Arbeitsminister in der ersten Regierung *Clinton* bestätigt wurde. Zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze befinden sich auf einem überdurchschnittlichen Lohnniveau. Es trifft zu, dass für einige Jahre die durchschnittlichen Stundenlöhne eine sinkende Tendenz hatten. Seit 1996 sind diese aber aufgrund der Arbeitsmarktlage wieder steigend. Es trifft auch zu, dass die Einkommensdifferenz



Zwischen Bangen und Hoffen. Der Blick auf die Gesellschaft von morgen. Mario Comensoli, ohne Titel, ohne Jahr. Aus Mario Comensoli, Ausstellung im Kunsthaus Zürich, Katalog, 5. August bis 1. Oktober 1989. Benteli Verlag, Bern 1989.

zwischen den 20 Prozent Reicheren und den Ärmeren zugenommen hat und einen in den vorangegangenen Jahrzehnten erfolgten Anpassungstrend umkehrt. Statistiken kann man natürlich unterschiedlich interpretieren, und selbst bei vollem Licht gibt es Bereiche, die im Schatten liegen. Aber auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher Voraussetzungen kann der Erfolg des angelsächsischen Systems, die beachtliche und dynamische Schaffung neuer Arbeitsplätze, und die nachhaltige Reduktion der Arbeitslosigkeit nicht bestritten werden.

Trotz allem wäre es ein Fehler und eine Illusion, zu glauben, man könne die erfolgreiche Formel en bloque übernehmen. Wir leben in Kontinentaleuropa in einem anderen politischen Umfeld. Die Mentalität der Bevölkerung verlangt mehr Rücksicht, und die Medien verstärken die gefühlsmässigen Vorbehalte gegen die kompromisslose Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Arbeits- und Sozialbereich. Es gibt auch mächtige Interessenverbände, welche sich dagegen wehren und deren Meinung nicht einfach ignoriert werden kann.

Obwohl Kontinentaleuropa mit denselben Realitäten konfrontiert ist, will es das angelsächsische Lösungsmodell nicht akzeptieren. Dafür gibt es viele Gründe, auch irrationale, in der Kultur verwurzelte. Die Kontinentaleuropäer sind dem Risiko gegenüber feindlich eingestellt. Sie widersetzen sich der Übernahme von persönlicher Verantwortung. Dem Staat hingegen werden trotz einiger Vorbehalte grosse Kompetenzen eingeräumt, und man erwartet von ihm im Gegenzug die Lösung schwieriger Probleme. Diese staatsbürgerliche Konsumhaltung und die damit verbundene Bereitschaft, sich bevormunden zu lassen, ist schon von *Tocqueville* beschrieben worden. Die politische Kultur ist in den Staaten Kontinentaleuropas von der Sozialdemokratie, von den Christlich-Sozialen sowie von konservativen-paternalistischen Kräften geprägt und nicht vom Liberalismus.

Es geht hier nicht darum zu werten, es soll lediglich festgestellt werden, dass es nicht möglich ist, ein erfolgreiches Modell auf Verhältnisse zu übertragen, die auf anderen politischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen beruhen. Wer dies trotzdem versucht, verschärft möglicherweise die Krise statt sie einer Lösung entgegenzuführen.

Es ist nicht möglich, ein erfolgreiches Modell auf Verhältnisse zu übertragen, die auf anderen politischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen beruhen.

Es gibt Sieger und Verlierer, Bewährtes veraltet und wird durch Neues verdrängt.

Die intellektuelle Redlichkeit verlangt jedoch auch in Kontinentaleuropa eine vorbehaltlose und vertiefte Analyse des angelsächsischen Modells, und die Bemühung um seine Adaptation an unsere Realität sollte ohne Scheuklappen erfolgen, so wie dies im Beitrag des deutschen Gewerkschafters und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Michael Geuenich,* erfolgt ist. (s. S. 20 dieses Heftes)

Zivilisatorischer Übergang

Ein dritter, anspruchsvoller Aspekt des Problems der Arbeitslosigkeit besteht in der besonderen historischen Situation, die einen zivilisatorischen Übergang markiert. Es besteht Einigkeit darüber, dass wir uns in der Übergangsphase zwischen der industriellen Zivilisation und der Zivilisation der Information und Biogenetik befinden. Es geht um mehr als nur einen kleinen Epochenschritt. Wie schon der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft gezeigt hat, kommt es in solchen Phasen zu sozialen Ungleichgewichten. Es gibt Sieger und Verlierer, Bewährtes veraltet und wird durch Neues verdrängt. Arbeitslosigkeit ist im Segment, das dem überholten System verhaftet bleibt, unvermeidbar. Die Anpassungsfähigen stellen die Forderung nach neuen Kompetenzen, und am Bisherigen geht das wirtschaftliche Interesse verloren. Die von der neuen Zivilisation geschaffenen Bedürfnisse kommen manchmal nur langsam in Gang, und dies verzögert die Wiederaufnahme produktiver Kapazitäten. Das Ungleichgewicht zwischen neu gefragten und nicht ausreichend vorhandenen Kompetenzen auf der einen Seite und überholten Kompetenzen, die nicht mehr gebraucht werden, auf der anderen, ist kurzfristig sehr akut. Ein grosses Hindernis für einen reibungslosen Übergang besteht darin, dass die Gesellschaft Mühe hat, die Arbeit von morgen zu erkennen und sich darauf einzustellen. Der rasche Wandel erzeugt einen Bedarf nach Vorauswissen, der einfach nicht gedeckt werden kann.

Dieses Dilemma kommt in den Thesen von *Christian Lutz* und *Beat Kappeler,* wel-

che die Debatte der Arbeitsgruppe IV eingeleitet haben, sowie im Arbeitspapier von *Klaus Jacobs* gut zum Ausdruck. (Diese Arbeitspapiere können beim Sekretariat des Vereins Bürgergesellschaft, Limmatquai 52, 8001 Zürich, angefordert werden.)

Die Thesen und Annahmen, die in der umfangreichen Literatur vermittelt werden, sind äusserst widersprüchlich. Sie reichen von der Überzeugung, dass eine «Menschheit ohne Arbeit» entsteht, die gezwungen sein wird, die knappe Ressource Arbeit so zu verteilen, dass nicht mehr als drei Stunden pro Tag während vier Tagen pro Woche gearbeitet wird, bis zu jenen Autoren, die nicht das Fehlen der Arbeit, sondern den Mangel an Kompetenz und Bereitschaft, die von der Gesellschaft benötigten Arbeiten auszuführen, befürchten. Was Mitte des nächsten Jahrhunderts als Arbeit definiert wird, lässt sich nicht voraussagen.

Übereinstimmung herrscht bei der Feststellung, dass die Rolle einer für die Gesellschaft von morgen geeigneten Ausbildung von grundlegender Bedeutung sei, eine permanente Weiterbildung, die lehrt zu lernen. (Vgl. dazu das Einführungsreferat von *Serge Sierro* in der Arbeitsgruppe 5 sowie das Arbeitspapier von *Franz Jaeger,* die ebenfalls beim Sekretariat des Vereins Bürgergesellschaft erhältlich sind.)

All diese interessanten und von allen Teilnehmern geteilten Feststellungen über die zukünftige Gesellschaft und die entsprechenden Anforderungen reichen als solche nicht aus, um daraus für die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit allgemein akzeptierte Schlüsse zu ziehen.

Bei aller Neugierde, Unvoreingenommenheit und Ungeduld und allem gutem Willen, zukünftige Entwicklungen zu antizipieren, sehen wir die Probleme des kommenden Jahrhunderts stets nur durch die Brille des 20. Jahrhunderts.

Wenn wir davon überzeugt sind, dass die zukünftige Gesellschaft noch weniger stabil sein wird, dass sie sich noch rascher wandelt und dadurch Möglichkeiten für grosse Erfolge aber auch schwere Misserfolge eröffnet, wird sich dieser prekäre Zustand natürlich auch auf die sozialen Beziehungen, einschliesslich der Arbeits- und Auftragsverhältnisse, auswirken.

Erkennbar sind in Umrissen vorerst nur die neuen Entwicklungen, aber die Paradigmen, die eine Neuorientierung ermöglichen würden, fehlen noch.

Neue Paradigmen für neue Situationen

Erkennbar sind in Umrissen vorerst nur die neuen Entwicklungen, aber die Paradigmen, die eine Neuorientierung ermöglichen würden, fehlen noch.

Wir stehen vor einem schwierigen Problem, das viele Ängste und Frustrationen hervorruft: Eine Gesellschaft erwartet konkrete Antworten, aber die Rahmenbedingungen sind so kompliziert geworden, dass niemand in der Lage ist, diesem berechtigten Anliegen gerecht zu werden. Die Reaktionen sind darum verständlicherweise oft emotional. Kulturelle Gegebenheiten hindern uns daran, Lösungen, die anderswo Erfolg haben, zu übernehmen, und für die Entwicklung neuer eigener Modelle fehlt angesichts der atemberaubenden Geschwindigkeit der Veränderungen die Zeit.

Was ist zu tun? Dass wir uns dieser Hindernisse und Schwierigkeiten bewusst sind, ist bereits ein erster und wichtiger Schritt. Ausgehend von dieser Feststellung sollten wir in aller Bescheidenheit versuchen, ein Optimum an gemeinsamen Fixpunkten zu schaffen, die nicht nur für einen temporären Kompromiss, sondern für eine gemeinsame Kultur nachhaltiger Problemlösungen geeignet sind. ✦

SPLITTER

Nie waren die Chancen grösser als heute, der Arbeit einen neuen Wertinhalt zu geben. Wir brauchen eine neue Einstellung zur Arbeit, insbesondere hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Komponente. Diese neue Einstellung und finanzielle Mittel müssen helfen, das Leben der nächsten Generation lebenswerter zu machen.

Klaus J. Jacobs, Gedanken zum Thema Arbeitswelt: Trends und Visionen. Arbeitspapier zum Symposium vom 7./8. November 1997.

Arbeitslosigkeit – Fakten und Perspektiven

Philippe Bruggisser, Zürich, geboren 1948, High School in den USA, lic. rer. pol., Universität Basel, 3e cycle Betriebswirtschaft/Recht, Universität Genf. Seit zwanzig Jahren bei der Swissair in verschiedenen Bereichen tätig, ab 1992 als Mitglied der Geschäftsleitung, ab 1995 als Mitglied der Konzernleitung und ab 1997 als Präsident der SAirGroup-Konzernleitung. Philippe Bruggisser ist Präsident der Verwaltungsräte von SAirLines, Swissair und Crossair, SAirLogistics, SAirRelations und des Montreux Palace. Ausserdem ist er Aufsichtsrat von Austrian Airlines und Verwaltungsrat von Sabena.

Unemployment represents the most dangerous scourge and the greatest challenge for the society of today and tomorrow – all political parties are convinced of this fact. Philippe Bruggisser examines this global problem of the 1990s using comparative data from the USA, the European Union and Switzerland: in the period between 1970 and 1994, there are significant differences between employment growth in the USA and the EU. Within the EU, the leader in terms of reducing unemployment and fostering GDP growth is the United Kingdom, which has come closest to adopting the North American model. With the recession which finally reached Switzerland at the beginning of the 1990s, this country has lost its status as a special case: unemployment rates continue to climb, with the younger segments of the population especially hard-hit. However, this high risk is moderated by the improved chances overall of being hired. To avoid the negative economic and social effects of unemployment, Bruggisser recommends – in addition to a structural change in the social system, balancing the state budget, deregulation of the labour market and an educational system which is geared toward meeting competition – new forms of work: the American «Earned Income Tax Credit Program» which supports employed persons with very low incomes and thus creates an incentive to work; and part-time work, which on the one hand increases productivity through flexibility and increased motivation, and on the other hand creates new jobs.

Die Arbeitslosigkeit stellt – davon ist man heute in allen politischen Parteien überzeugt – die grösste Herausforderung für die Gesellschaft von heute und morgen dar. Sie ist ein globales Problem der neunziger Jahre. Unterschiedlich ist die Art und Weise, wie die verschiedenen Wirtschaftsblöcke die Bewältigung dieses Problems angehen. Die USA hat Arbeitslosigkeit seit 1992 deutlich reduzieren können, während in den EU-Staaten ein starker Anstieg zu verzeichnen war. Auch Japan hat eine hohe unregistrierte Arbeitslosigkeit; tatsächlich würde die Quote der Arbeitslosigkeit bei etwa 7 Prozent liegen. Mit der Einführung des Euro wird Arbeitslosigkeit in EU-Staaten tendenziell weiter ansteigen: Wirtschafts-Schocks können nicht mehr über Wechselkurse abgefedert werden, sondern schlagen unmittelbar auf die Beschäftigung durch.

Globaler Kontext

Wahlversprechen oder ambitiöse Regierungsprogramme allein bewirken keine Lösung des Problems, wenn sie nicht konsequent mit den richtigen Massnahmen umgesetzt werden. Eine Aufblähung des Verwaltungsapparates dagegen vermindert die Arbeitslosigkeit nicht, sondern erhöht sie eher noch. Wie entscheidend Massnahmen sind, die nicht nur mit staatlich organisierter Umverteilung nach dem Giesskannenprinzip operieren, zeigt etwa das sehr unterschiedliche Beschäftigungswachstum in den USA und in der EU zwischen 1970 und 1994 (s. Abb. 1). In der EU ist

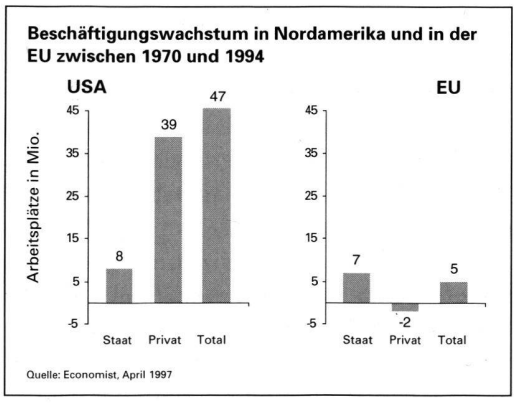


Abbildung 1

auf dem privaten Sektor sogar ein Minuswachstum zu verzeichnen.

Verallgemeinernd kann man vom angelsächsischen und vom kontinentaleuropäischen Ansatz sprechen. Angelsächsische Staaten haben wirtschaftliche Rahmenbedingungen konstant verbessert, unter anderem durch Förderung ausländischer Direktinvestitionen, die im Inland beschäftigungswirksam sind. So gelang ihnen die erfolgreiche Positionierung im globalen Standortwettbewerb. Der weniger umfangreiche Sozialschutz in den angelsächsischen Staaten hat Anreize zum einen für Arbeitnehmer, so rasch wie möglich wieder eine Stelle zu finden als Basis für eine berufliche Weiterentwicklung;

Unterschiedliche Entwicklung in den angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Staaten

	Angelsächsische Staaten	Kontinentaleuropäische Staaten
BSP-Wachstum	2,5 %	1,6 %
Staatsquote	39 %	54 %
Lohnsteuersatz	14 %	39 %
Arbeitslosenquote	8 %	11 %
Anteil Langzeitarbeitslose	11 %	40 %
Minimallohn/Durchschnittslohn	35 %	60 %

Es gibt einen Trade-off zwischen der Arbeitslosenquote und einer gleichmässigen Einkommensverteilung.

Quelle: World Competitiveness Yearbook, IMD, 1997

Abbildung 2

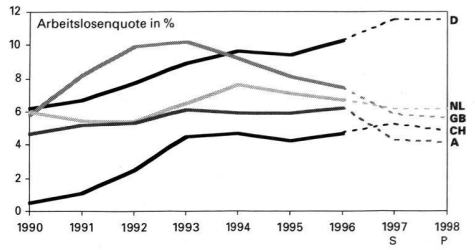
zum anderen für Arbeitgeber, dank tiefen Minimallöhnen neue Stellen zu schaffen und Arbeitslose einzustellen. Zur Erreichung eines existenzsichernden Einkommens profitieren in den USA 20 Mio. Beschäftigte mit sehr tiefen Einkommen vom *«Earned Income Tax Credit Program»:* Der Staat zahlt Zusatzleistungen für Arbeitende, nicht für Arbeitslose. Die dadurch katalysierte wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Entwicklung, die sich von der in Kontinentaleuropa frappant unterscheidet, zeigt die zweite Abbildung.

Sonderfall Schweiz?

Die Schweiz ist auch in bezug auf die Arbeitslosigkeit kein Sonderfall mehr (s. Abb. 3). Die Rezession Anfang der neunziger Jahre (u. a. bedingt durch restriktive Geldpolitik) hatte diesbezüglich ebenso ihre negativen Folgen wie der Wegfall der Pufferfunktion von Ausländern und Frauen, die sich nicht, wie in früheren Krisen, vom Arbeitsmarkt zurückzogen.

Bei Beibehaltung des bisherigen Leistungsstandards ergibt sich ins Jahr 2010 ein ungedeckter Mehrbedarf an finanziellen Mitteln zur Finanzierung sämtlicher Sozialwerke von 14 Mrd. Schweizer Franken.

Die Schweiz ist auch in bezug auf die Arbeitslosigkeit kein Sonderfall mehr



Quelle: OECD, UBS Economic Research

Abbildung 3

Während die Baby-Boomer-Generation allerdings, die Mitte der achtziger Jahre in den Arbeitsprozess eintrat, noch problemlos absorbiert werden konnte (durchschnittlich 45 000 neue Stellen pro Jahr), wurden zwischen 1992 und 1996 225 000 Stellen abgebaut (Nachfrageproblem). Der seit 1994 wiederum verzeichnete Rückgang der Arbeitslosen-Quote freilich trügt: Denn Ausgesteuerte sowie Teilnehmer an staatlichen Beschäftigungsprogrammen werden statistisch nicht mehr erfasst, sind aber immer noch ohne Beschäftigung.

Die heutige Arbeitslosigkeit ist vor allem strukturell bedingt. Daher wird die Arbeitslosen-Quote auch bei einem konjunkturellen Aufschwung in den nächsten Jahren bei über 5 Prozent verharren.

Hohe Belastung des Sozialversicherungssystems

Die Belastung des Staatshaushaltes durch das Sozialsystem wächst deshalb kontinuierlich: Die Zunahme der Sozialausgaben zwischen 1995 und 1996 entspricht der Hälfte der gesamten Militärausgaben. Bei Beibehaltung des bisherigen Leistungsstandards ergibt sich ins Jahr 2010 ein ungedeckter Mehrbedarf an finanziellen Mitteln zur Finanzierung sämtlicher Sozialwerke von 14 Mrd. Schweizer Franken.

Zu diesen haushaltverschlingenden Ausgaben gehören auch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Sie sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich. Vom sozialen Raubbau kann also keine Rede sein; im Gegenteil ist der Wohlfahrtsstaat bis an die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft ausgebaut worden.

Tatsächlich lässt sich eine massive Zunahme der Arbeitslosenversicherungs-

beiträge feststellen: 1993 kam es zu einer Erhöhung von 0,4 Prozent auf 2,0 Prozent (Lohnobergrenze von 97 000 Schweizer Franken) und 1995 zu einer befristeten Erhöhung von 2,0 Prozent auf 3,0 Prozent (Lohnobergrenze von 243 000 Schweizer Franken).

Auf Dauer sind auch mit drei Lohnprozenten nur 100 000 Arbeitslose finanzierbar. Für 200 000 Arbeitslose müssten also drei weitere Lohn- (oder Mehrwertsteuer-) Prozente erhoben werden. Damit steigt der Fehlbetrag ohne wirksame Sanierungsmassnahmen bis 2000 auf 10–12 Mrd. Schweizer Franken. Dabei kostet allein der Aufbau von 150 regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) 300 Mio. Franken und deren Wirksamkeit muss erst noch erwiesen werden.

Arbeitslosigkeit: Risikogruppen

Die jüngere Bevölkerungsschicht ist überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen (s. Abb. 4). Ihr Risiko, arbeitslos

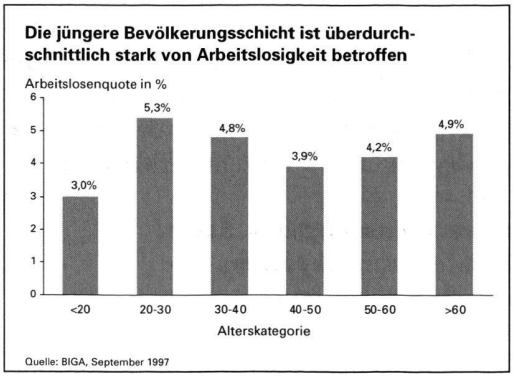


Abbildung 4

zu werden, ist damit höher, doch Jüngere finden in der Regel rasch wieder eine neue Stelle. Ältere hingegen haben ein weniger hohes Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, dafür aber oft lange Dauer der Arbeitslosigkeit.

In der Schweiz absolvieren 60 Prozent der Jugendlichen eine Berufslehre – das ist weltweit der höchste Wert. Es sei darauf hingewiesen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Staaten gering ist (in Spanien z. B. liegt die Jugendarbeitslosen-Quote bei 40 Prozent). Die kritische Phase setzt nach Abschluss der Lehre ein: Die höchste Arbeitslosen-Quote ist bei den 20- bis 25jährigen zu finden. Auch die Arbeitslosen-Quote bei Akademikern liegt mit 3,2 Prozent nur unwesentlich unter dem Gesamtdurchschnitt: Daraus lässt sich schliessen, dass das Universitäts- und Berufsbildungssystem nicht optimal auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet ist.

Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen nimmt laufend zu (s. Abb. 5). Für den

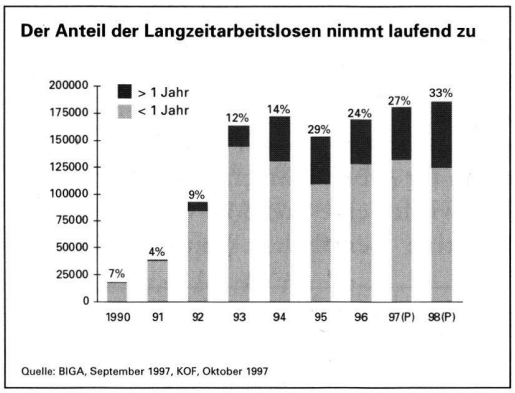


Abbildung 5

einzelnen Betroffenen hat die Langzeitarbeitslosigkeit fatale Folgen: Die Eigenverantwortung nimmt ab; es kommt zu einer Abhängigkeit vom Staat. Mit dem Wissensstillstand, den brachliegenden Fähigkeiten, wird zudem die Reintegration in den Arbeitsprozess immer schwieriger oder beinahe unmöglich. Insgesamt gilt: Je länger die Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung ist, um so geringer ist der Anreiz für Arbeitslose, rasch eine neue Stelle zu finden. Ein falsches Zeichen setzt auch die Regelung, dass die Zumutbarkeit für die Annahme eines Jobs bei 70 Prozent des früheren Salärs liegt. Zudem wird die Dauer der Arbeitslosigkeit durch den gesetzlichen Minimallohn, welcher ein bestehendes Arbeitsmarktungleichgewicht weiter zementiert, zusätzlich verlängert.

Die Eigenverantwortung nimmt ab; es kommt zu einer Abhängigkeit vom Staat.

Je länger die Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung ist, um so geringer ist der Anreiz für Arbeitslose, rasch eine neue Stelle zu finden.

Lohnnebenkosten

Nicht die Grundlöhne (Faktorkosten) oder die Gesamtarbeitskosten sind für die Wettbewerbsfähigkeit relevant, sondern die Höhe der Lohnnebenkosten, die durch das staatliche Umverteilungssystem entstehen (s. Abb. 6). Die Berechnung der Wettbewerbsfähigkeit wird jährlich in einer Studie vom IMD (World Competitiveness Yearbook) geleistet. Acht Hauptfaktoren (Binnenwirtschaft, Internationalisierung, Regierung, Finanzsystem, Infra-

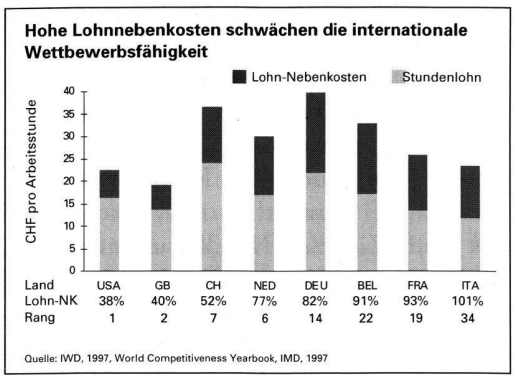


Abbildung 6

struktur, Management, Wissenschaft & Technologie und 'People') und eine Vielzahl von Subfaktoren finden Berücksichtigung. Dabei zeigt sich eine offensichtliche Korrelation zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Lohn-Nebenkosten.

Beispiel Sabena: Ausflaggung des Piloten-Korps

First Officer; keine Kinder	Belgien	Schweiz
Salärkosten	135 %	109 %
zusätzliche Pensionskosten	35 %	9 %
Brutto-Salär	100 %	100 %
Sozialbeiträge Arbeitnehmer	22 %	6 %
Quellensteuer	42 %	12 %
Netto-Salär	46 %	82 %
Differenz Salärkosten/Netto-Salär	89 %	27%

Quelle: Internes Arbeitspapier SAirGroup

Teilzeitarbeit

Neben der rein politischen Massnahme der Lohnnebenkosten-Senkung, empfiehlt sich die Zunahme der Teilzeitarbeit. Sie führt in den Unternehmen zur Erhöhung von Produktivität und Flexibilität und zu motivierteren Mitarbeitern. So ermöglicht die Teilzeitarbeit etwa eine verbesserte Abdeckung von Arbeitsschwankungen. Beispielsweise wurde das Drei-Wellen-System am Flughafen Zürich zu ungefähr 50 Prozent der Gesamtarbeitszeit in der Passagierabfertigung mit Teilzeitkräften und Aushilfen (Studenten, Hausfrauen, etwa 20 Mitarbeitern der Zentralverwaltung) abgedeckt, um die extremen Tages- und Saisonschwankungen auszugleichen (Zahl von 1996). Auch die Arbeitnehmer profitieren von der Teilzeitarbeit, da ihnen so eine individuellere Gestaltung von «Freizeit» und «Einkommen» möglich ist. Die Gesellschaft schliesslich profitiert, da es durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsstellen zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit kommt (s. Abb. 7). Laut *McKinsey* erhöht die Teilzeitarbeit die Produktivität um 70 Prozent und schafft 30 Prozent neue Stellen.

Die Teilarbeitslosigkeit ermöglicht eine verbesserte Abdeckung von Arbeitsschwankungen.

In der Schweiz gibt es einen hohen Anteil an Teilzeitarbeit. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: das hohe Durchschnittseinkommen, der hohe Anteil an erwerbstätigen Frauen, die grosse Zahl von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor.

Arbeit von morgen

Nach der Fokussierung auf einige wesentliche Aspekte des Arbeitsmarktes von heute soll die Aufmerksamkeit nun, basierend auf den vorhergehenden Betrachtungen, auf die «Arbeit von morgen» gelegt werden. Wissenschaftlich abgesicherte Patentrezepte für die Zukunft kann es nicht geben. Doch aus der Sicht als Unternehmer – aus der Perspektive der Wirtschaft also – seien hier mögliche Lösungsansätze in Form von Thesen präsentiert.

• *Strukturwandel*

Die Arbeit wird in unserer Gesellschaft auch in den nächsten Jahren nicht ausgehen. Zwar wird sich der internationale Wettbewerb weiter verschärfen; als Folge davon wird auch der Dienstleistungssektor, welcher in den letzten Jahren der grösste Wachstumsbereich war, einem zunehmenden Rationalisierungsdruck unterzogen werden. Die Branche, die ich vertrete, die Airline-Industrie, durchläuft diesen Prozess infolge des Tarifzerfalls seit Jahren, anderen Branchen wie Banken und Versicherungen steht diese Entwicklung grösstenteils noch bevor.

Die Arbeit wird in unserer Gesellschaft auch in den nächsten Jahren nicht ausgehen.

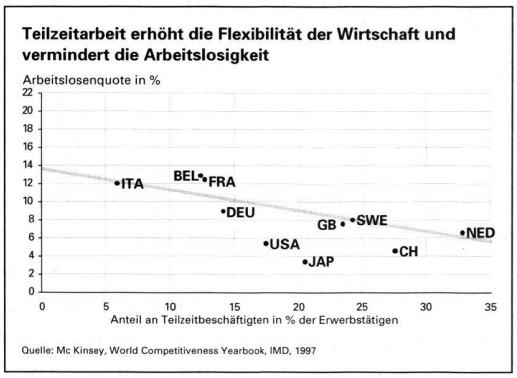


Abbildung 7

Auf der anderen Seite entstehen neue Branchen mit grossem Arbeitspotential für die Zukunft. Man spricht bereits vom vier-

ten, quartären Sektor und meint damit Tätigkeiten, die im weitesten Sinn mit der Informationstechnologie zusammenhängen. Aber auch die Wissensindustrie, Kultur und Kunst, Finanz-, Gesundheits-, Sicherheits- und soziale Dienste sind Sektoren mit Wachstumspotential.

Der wirtschaftliche Transformationsprozess mag schmerzhaft sein; er ist aber unumgänglich und muss daher möglichst rasch erfolgen.

Das heisst aber, dass sich der Strukturwandel in unserer Wirtschaft auch in Zukunft fortsetzen wird. Es entstehen neue Berufsbilder mit ganz anderen Anforderungsprofilen als in den traditionellen Basisindustrien. Eine hohe Arbeitslosigkeit ist ein Indikator für einen starken Strukturwandel, und es gilt, diese Signale richtig zu deuten und umzusetzen.

Der wirtschaftliche Transformationsprozess mag schmerzhaft und mit Opfern verbunden sein; er ist aber unumgänglich und muss daher möglichst rasch erfolgen. Insbesondere darf er nicht mit strukturerhaltenden Massnahmen gebremst werden. Im Gegenteil sind in allen Bereichen unserer Gesellschaft umfassende, strukturelle Reformen notwendig, so z. B. in der Ordnungspolitik, dem Steuersystem, den Sozialversicherungen und dem Ausbildungssystem.

Als Beispiel in diesem Zusammenhang ist das kürzlich beschlossene Investitionsprogramm des Bundes zu nennen. Dieses setzt meines Erachtens aufgrund obiger Überlegungen falsche Anreize. Neben der Gefahr einer verzögerten und somit möglicherweise sogar pro-zyklischen Wirkung wird mit dieser Massnahme in erster Linie die notleidende Baubranche unterstützt und beinhaltet somit Elemente der Strukturerhaltung. Sinnvoller wäre es daher, diesen Betrag ins Bildungssystem zur Förderung des Strukturwandels zu investieren.

Mit der auf drei Ebenen erhobenen progressiven Einkommenssteuer wird vor allem der Mittelstand stark belastet.

• *Deregulierung*

In einem liberalen Wirtschaftsystem sollte sich die Aufgabe des Staates darauf beschränken, den Unternehmungen optimale Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass der Staat nur bei offensichtlichem Marktversagen ordnungspolitisch eingreifen soll. Eigene «Leistungen» soll er nur dann erstellen, wenn dies die private Wirtschaft nicht besser und effizienter tun kann (z. B. die Landesverteidigung).

Zwischen 1970 erhöhte sich der Anteil der Staatsausgaben (Bund, Kantone und Gemeinde) am Bruttosozialprodukt von 36 auf 53 Prozent. Die Staatsquote in der Schweiz hat also innerhalb eines Vierteljahrhunderts um über 45 Prozent zugenommen. Je höher dieser Anteil ist, um so grösser wird auch das Potential für die staatliche «Umverteilungs-Maschinerie» mit dem Ziel zur Nivellierung der Einkommensverteilung. Gleichzeitig wird aber auch die Selbstregulierung des Marktes zunehmend ausser Kraft gesetzt, und es werden negative Anreize für die Unternehmungen geschaffen.

Eine hohe Regelungsdichte, verbunden mit einer starken finanziellen Belastung der Unternehmen, schwächt die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und hat einen negativen Einfluss auf die Beschäftigungssituation: einerseits durch die Abnahme von ausländischen Direktinvestitionen, andererseits aber auch durch Produktionsverlagerung inländischer Konzerne ins Ausland.

Beispiel Arbeitsplatzentwicklung

	Schweiz	Ausland
– 50 grösste Schweizer Konzerne	– 8 600	+ 24 500
– SAirGroup	– 1 150	+ 4 500

Quelle: Schweizerische Handelszeitung, August 1997

Neben dem Abbau oder zumindest der Lockerung von wirtschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Vorschriften sollte auch das schweizerische Steuersystem einer Revision unterzogen werden. Im internationalen Vergleich schneidet die Schweiz bei den indirekten Steuern sehr vorteilhaft ab: Sie ist ein Steuerparadies für Konsumenten. Demgegenüber wird mit der auf drei Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) erhobenen progressiven Einkommenssteuer vor allem der Mittelstand stark belastet. Zudem existiert eine Vielzahl von Sondersteuern auf Kapital und Eigentum (Kapital-, Liegenschafts-, Vermögens-, Erbschafts-, Schenkungs-, Handänderungs-, Grundstückgewinnsteuer usw.), welche sowohl natürliche und juristische Personen belasten und Unternehmen im internationalen Vergleich benachteiligen.

• *Finanzierung*

Eine der grössten Herausforderungen unseres Landes ist eine rasche und nachhaltige Sanierung der öffentlichen Haushalte. Nach einer mehrjährigen Periode

mit positiven Abschlüssen Ende der achtziger Jahre, wurden in den letzten Jahren Defizite von mehreren Milliarden Franken ausgewiesen. Der Schuldenberg nähert sich rasant dem Betrag von 100 Mrd. Schweizer Franken; pro Tag gibt der Bund beinahe 10 Mio. Schweizer Franken für Schuldzinsen aus. Diese Entwicklung hat schwerwiegende Konsequenzen. Die Rolle als finanzpolitischer Musterknabe haben wir längst verloren. Die Kriterien für einen EWU-Beitritt würden wir z.B. nur noch knapp erfüllen.

Die Sanierung der Bundesfinanzen muss integral angegangen werden. So wäre eine Überwälzung der Defizite vom Bund auf die Kantone und von den Kantonen auf die Gemeinden, oder von der AHV (Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung) auf die ALV (Arbeitslosen-Versicherung) und von der ALV auf die soziale Fürsorge eine reine Problemverlagerung, aber keine wirksame Problemlösung.

Trotzdem sollen die weiteren Ausführungen im Zusammenhang mit unserem Thema auf der Revision der Arbeitslosenversicherung liegen. Wir haben im ersten Teil die dramatische Entwicklung der ALV seit 1990 gesehen. Trotz massiven Erhöhungen der Beitragssätze von 0,4 auf gegenwärtig 3,0 Lohnprozente hinken die Einnahmen den explodierenden Ausgaben stets hinterher. Besorgniserregend ist vor allem, dass keine Trendwende absehbar ist. Somit erscheint klar, dass eine wirksame Sanierung der ALV auf der Ausgabenseite erfolgen muss. Hauptsächlich bieten sich dazu die folgenden zwei Ansätze an:

- Reduktion der Taggeldsätze: Eine degressive Gestaltung der Sätze würde neben der finanziellen Entlastung den Anreiz für Arbeitslose erhöhen, rasch wieder eine neue Stelle zu finden. Allerdings scheint dieser Weg in der Schweiz nach der jüngsten Abstimmung im September politisch nicht durchsetzbar.

- Reduktion der maximalen Bezugsdauer: Mit der Zunahme der Arbeitslosenzahl und dem massiv angestiegenen Anteil an Langzeitarbeitslosen wurde die maximale Bezugsdauer nach oben angepasst (allein seit 1992 Verdoppelung auf 520 Tage). Dabei wäre gerade der umgekehrte Weg angezeigt, um dem verheerenden Problem der Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu begegnen.

Als weitere Massnahmen sind die Erhöhung der Karenzfrist sowie die Reduktion des zumutbaren Einkommens für die Annahme einer neuen Tätigkeit zu nennen, welche aber neben der finanziellen Wirksamkeit auch eine hohe sozialpolitische Brisanz in sich bergen.

Eine weitere Belastung der Wirtschaft auf der Einnahmenseite darf dagegen kein Thema sein. Eine zusätzliche Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit würde die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes schwächen und das Arbeitslosigkeits-Problem tendenziell sogar verschärfen. Im Gegenteil muss eine Entlastung der Unternehmen angestrebt werden (das dritte Lohnprozent ist gemäss dem dringlichen Bundesbeschluss bis 1999 befristet und soll danach wieder aufgehoben werden).

Die Rolle als finanzpolitischer Musterknabe haben wir längst verloren.

Ein grundsätzlich anderer, systempolitischer Ansatz besteht in einer denkbaren Teilprivatisierung der ALV, welche zu einer Entflechtung von Solidaritäts- und Versicherungsfunktion führen würde. Die staatliche ALV würde sich dabei auf eine existenzsichernde, einkommensunabhängige Mindestabsicherung beschränken; darüber hinausgehende zusätzliche Absicherung wäre Bestandteil eigenverantwortlicher Privatvorsorge. Die Prämien dieser Zusatzversicherung würden dabei risikospezifisch nach Branchen festgelegt werden (eventuell verbunden mit einem Bonus-Malus-System) und so den notwendigen Strukturwandel beschleunigen.

• *Arbeitsformen*

Im Grundsatz herrscht ein breit abgestimmter Konsens darüber, dass die verfügbare Erwerbsarbeit besser (gerechter) auf das bestehende Arbeitskräftepotential verteilt werden soll. Die drohende Aushöhlung des Mittelstandes bzw. das Entstehen einer Zweidrittel-Gesellschaft muss verhindert werden. Uneinigkeit herrscht darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Die drohende Aushöhlung des Mittelstandes bzw. das Entstehen einer Zweidrittel-Gesellschaft muss verhindert werden.

Umfragen zeigen, dass viele Arbeitnehmer bereit sind, Arbeitszeit und Lohn zu reduzieren; auch für Arbeitgeberorganisationen ist die Arbeitszeitverkürzung *«das bestimmende Thema der nächsten Jahre»*. Allerdings sollten bei der Erarbeitung von neuen Arbeitszeitmodellen innerbetriebliche, flexible Lösungen angestrebt werden. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung, wie sie von gewerkschaftlicher Seite häufig gefordert wird, wäre ein zu starres Korsett für die Wirtschaft und würde der Deregulierungs-These zuwiderlaufen.

Als stellvertretendes Beispiel für erfolgreiche, einvernehmliche Lösungen der Sozialpartner aus der Praxis gilt es, VW zu nennen: Das Management verzichtete 1993 auf den aus betriebswirtschaftlicher Optik vorgesehenen Abbau von 30 000 Stellen; demgegenüber war die Belegschaft bereit, unter Inkaufnahme von 15 Prozent Salärreduktion 20 Prozent weniger zu arbeiten. Der Vertrag, welcher auf zwei Jahre befristet war, wurde bereits bis mindestens 1999 verlängert.

Ein Modell für die innerbetriebliche, aber auch gesamtgesellschaftliche Solidarität ist der *Generationenvertrag.* Dabei reduziert ein älterer Arbeitnehmer (ab etwa 50) sein Arbeitspensum auf 50 Prozent und ermöglicht dadurch einem Jungen den Einstieg ins Erwerbsleben. Zugleich übernimmt er für diesen eine Coaching-Funktion und stellt seine freiwerdende Arbeitszeit sozialen oder karitativen Organisationen zur Verfügung.

Veränderte Arbeitsformen sind jedoch nicht nur in bezug auf die Arbeitszeit, sondern auch bezüglich des Arbeitsortes zu erwarten. Dank der Nutzung neuer Informationstechnologien ist eine deutliche Zunahme von Telematik-Arbeitsplätzen *(Remote office work)* zu erwarten. Bei IBM Schweiz z. B. gibt es viele Mitarbeiter, die keinen fixen Arbeitsplatz mehr haben, sondern mehrheitlich zu Hause arbeiten.

Diese Entwicklungen werden mittelfristig zur Folge haben, dass das Zeitalter des starren Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisses zu Ende geht. Die Entwicklung geht in Richtung eines selbständigen Auftragnehmers, der in vernetzten, flexiblen Strukturen für mehrere Unternehmen tätig ist. Der Aufbau eines individuellen «Tätigkeiten-Portfolios» erfordert eine grosse Vielseitigkeit (Polyvalenz) und eine viel stärkere Eigenverantwortung und geistige Mobilität, als sie im heutigen System notwendig ist.

Die genannten Flexibilisierungs-Tendenzen führen dazu, dass die Vorstellung vom virtuellen Unternehmen, das sich auf wenige Kern-Kompetenzen konzentriert und die übrigen Tätigkeitsbereiche entlang der Wertschöpfungskette auslagert, keine Utopie mehr ist, sondern über kurz oder lang unsere Wirtschaft prägen wird. Der Trend zur vertikalen Desintegration *(Outsourcing)* ist in vielen Branchen zu beobachten und wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Folgende Beispiele aus der SAirGroup mögen diese Entwicklung verdeutlichen:

Die Entwicklung geht in Richtung eines selbständigen Auftragnehmers, der in vernetzten, flexiblen Strukturen für mehrere Unternehmen tätig ist.

Die Vorstellung, in der Mitte des Erwerbslebens einen völlig anderen Beruf zu erlernen und auszuüben, erscheint uns immer noch sehr fremd.

- Verselbständigung von Business Units (Catering, Technik, Ground Services, Cargo usw.)
- Auslagerung von Abteilungen (Graphik, Druckerei)
- Auslagerung von einzelnen Funktionen (Umweltmanagement)

• *Bildungssystem*

Als ein Land ohne natürliche Rohstoffe und mit einem hohen Produktionskostenniveau liegt unser nationaler strategischer Erfolgsfaktor in einer hohen Wertschöpfung pro Arbeitseinheit. Know-how ist die wichtigste Ressource der schweizerischen Volkswirtschaft, das Sach- und Humankapital bilden die Grundpfeiler der «Schweiz AG». Diese Ausgangslage stellt gleichermassen hohe Anforderungen an unser Bildungssystem wie auch an die Bildungsbereitschaft von uns allen.

Die Bildungsinstitute müssen den Strukturwandel und die Veränderungen der Arbeitswelt antizipieren und so rasch wie möglich umsetzen. Unser duales Bildungssystem hat sich bewährt und ist qualitativ hochstehend. In der Schweiz ist der Fokus allerdings immer noch viel zu stark auf die Erstausbildung (Lehre oder Studium) ausgerichtet. Das mag früher richtig gewesen sein, als man mit ziemlicher Sicherheit den einmal erlernten Beruf bis zur Pensionierung ausüben konnte. In der heutigen Zeit des strukturellen Umbruchs, der sich auch in der Lebensgestaltung des Individuums niederschlägt, ist es notwendig, die Basisausbildung in kurzer Zeit zu durchlaufen und früh ins Erwerbsleben einzutreten, dafür aber die «Wissensbatterie» laufend zu erneuern und den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen.

Der Anteil von Maturitätsabschlüssen (und dementsprechend auch der Akademikeranteil) liegt im internationalen Vergleich eher tief. Während sich dieser Wert in der Schweiz auf 20 Prozent beläuft, strebt zum Beispiel England eine Quote von 40 Prozent an. Das Alter von Akademikern bei Studienabschluss liegt je nach Studienrichtung bis zu fünf Jahre höher als im Ausland. Ziel müsste es sein, dass 80 Prozent der Studierenden innerhalb von vier Jahren zum Studienabschluss kommen. Zudem erleichtern eine Neben-

erwerbstätigkeit und/oder ein Auslandaufenthalt während des Studiums erwiesenermassen den Berufseinstieg.

Obwohl *éducation permanente* oder *lifelong learning* zu Modewörtern unserer Zeit geworden sind, klaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit in bezug auf berufsbegleitende Weiterbildung grosse Lücken. Eine Studie vom Bundesamt für Statistik hat ergeben, dass 40 Prozent aller Befragten in den letzten fünf Jahren keine Weiterbildung absolviert haben. Zudem sind die meisten Weiterbildungsmassnahmen auf punktuelle Ergänzung des bestehenden Basiswissens ausgerichtet. Die Vorstellung, in der Mitte des Erwerbslebens einen völlig anderen Beruf zu erlernen und auszuüben, erscheint uns immer noch sehr fremd.

Letztlich steht in der Schweiz immer noch viel zu wenig *Venture capital* zur Innovationsförderung zur Verfügung. Das Kreditsystem der Banken ist immer noch zu stark auf die Finanzierung der etablierten Unternehmungen ausgerichtet und somit tendenziell strukturerhaltend. Junge, initiative Unternehmer sollten vermehrt die Möglichkeit erhalten, ihre Ideen und das theoretische Know-how realwirtschaftlich umzusetzen. In den USA beispielsweise sind so innert weniger Jahre einige bedeutende Grosskonzerne mit Tausenden von Arbeitsplätzen entstanden.

Das Kreditsystem der Banken ist immer noch zu stark auf die Finanzierung der etablierten Unternehmungen ausgerichtet.

Fazit

Als Schlusswort möchte ich zusammenfassen: Eine zukunftsorientierte, anpassungsfähige Gesellschaft in einer liberalen, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung mit einem soliden, tragfähigen Sozialversicherungssystem, einer intakten, konsensorientierten Sozialpartnerschaft und einem hochwertigen, bedürfnisgerechten Bildungssystem bewirkt eine massgebliche Reduktion der Arbeitslosigkeit. ✦

ADLITZ AG

Beteiligungsberatung

Vermögensverwaltung

Personalberatung

8002 Zürich
Bleicherweg 33
Hochhaus zur Palme

Telefon 01 / 281 11 18
Telefax 01 / 281 11 20

VICTORINOX

die weltberühmten
Original Schweizer Messer –
das perfekte Geschenk

- Auch Taschenmesser mit Aufschriften als Werbegeschenk sind sehr beliebt
- Profimesser für Metzger und Köche
- Messer für den gepflegten Haushalt, Scheren und Bestecke

VICTORINOX

Europas grösste Messerfabrik
CH-6438 Ibach-Schwyz

Ideen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit

Michael Geuenich, Düsseldorf, geboren 1935, Berufsausbildung als Dreher. Seit 1964 ist Michael Geuenich gewerkschaftlich und politisch engagiert. 1970–1975 war er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und Arbeitskreisleiter Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion. Im Laufe des Jahres 1985 wurde er Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglied des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes sowie Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Union, wo er seit 1990 Mitglied des Präsidiums ist, von Januar bis Oktober 1992 als Präsident.

On the search for a way out of mass unemployment, the Powers That Be can't manage to agree on its causes. Geuenich claims that the high unemployment figures are above all a result of low economic growth rates, and sees as a requirement an economic upturn which does not fail to take into consideration the postulates of an ecologically sustainable policy. Among the essential measures belonging to such a policy is geographical promotion: in Germany the geographical advantage which is sold is primarily one of innovation; accordingly, Geuenich sees a need for action in the – insufficiently supported – education and research sector. Furthermore, even the labour unions are prepared to accept a wage policy that is adapted to global competition – flexibility when it comes to the needs of the corporation, reductions in working hours without full wage compensation, and very small gross labour costs in certain work situations. As the third lever, Geuenich identifies a sensible European macroeconomic policy including a coordinated set of financial and taxation policies.

Vorweg möchte ich feststellen, dass eine Lösung der derzeitigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zur Voraussetzung hat, dass die *«Wagenburg-Mentalität»* von Interessengruppen und politischen Parteien endlich überwunden wird. Wir leben heute in einer anderen Welt als in den sechziger und siebziger Jahren: Es hat keinen Sinn, die Schlachten von gestern und vorgestern zu wiederholen. Zu diesen unseligen Konflikten gehört auch die ideologische Debatte zwischen den Konzepten einer nachfrageorientierten Politik und einer angebotsorientierten Politik.

Schon über die Ursache der derzeitigen Arbeitslosigkeit scheiden sich die Geister – insbesondere, wenn es um die Frage geht, wie gross der Anteil der *strukturell* bedingten Arbeitslosigkeit ist. Ohne Zweifel hat ein erheblicher Teil der derzeitigen Arbeitslosigkeit konjunkturelle Gründe. Das Ifo-Institut hat in seiner Studie einen Prozentsatz von 40 Prozent für Westdeutschland errechnet. Doch was heisst hier konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit? Fest steht – und dies hat auch die Ifo-Studie bestätigt –, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit entscheidend von der Wachstumsrate abhängt. Für Westdeutschland wurde errechnet, dass ein Prozentpunkt Wachstum des Bruttoinlandprodukts über der Arbeitslosigkeitsschwelle von 2,3 Prozent die Arbeitslosenquote um einen halben Prozentpunkt senkt.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitätssteigerung bestimmt die sogenannte Arbeitslosigkeitsschwelle. Bei einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts von 1,7 Prozent seit der letzten Rezession von 1993 braucht sich also niemand über steigende Arbeitslosenzahlen zu wundern. Mit anderen Worten: Wir hatten einen «Konjunkturaufschwung», der zu einer Zunahme der Arbeitslosenquote führte.

Kernproblem: Wachstumsschwäche

Das Kernproblem für die derzeitige Arbeitslosigkeit ist ein *zu schwaches wirtschaftliches Wachstum.* Diese Wachstumsschwäche ist jedoch nicht nur auf konjunkturelle Ursachen zurückzuführen. Bevor ich auf die Frage eingehe, welche Massnahmen ergriffen werden könnten, um das wirtschaftliche Wachstum zu erhöhen, möchte ich zwei Aspekte behandeln, die in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung sind: Die Umweltverträglichkeit und die Globalisierung.

Nicht zuletzt angestossen vom «Club of Rome» war die Diskussion geprägt von den Vorstellungen, dass der Umweltschutz «Grenzen des Wachstums» setzt. Ich glaube, es ist Zeit, dass wir diese Debatte um «die Grenzen des Wachstums» im Zusammenhang mit der heutigen Wachstumsschwäche wieder aufnehmen. Ich behaupte, dass eine hohe Wachstumsrate nicht gleichbedeutend ist mit negativen Umweltauswirkungen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt seit vielen Jahren das Konzept des qualitativen Wachstums, das im Einklang mit den Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung stehen muss. Förderung von wirtschaftlichem Wachstum heisst vor diesem Hintergrund, konsequenter als in der Vergangenheit Massnahmen zum Rohstoff- und Energiesparen zu ergreifen. Aus zeitlichen Gründen möchte ich hierzu keine weiteren Vorschläge machen; doch möchte ich darauf hinweisen, dass auch in diesem Bereich marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente, wie z.B. Ökosteuern, eine grosse Rolle spielen können.

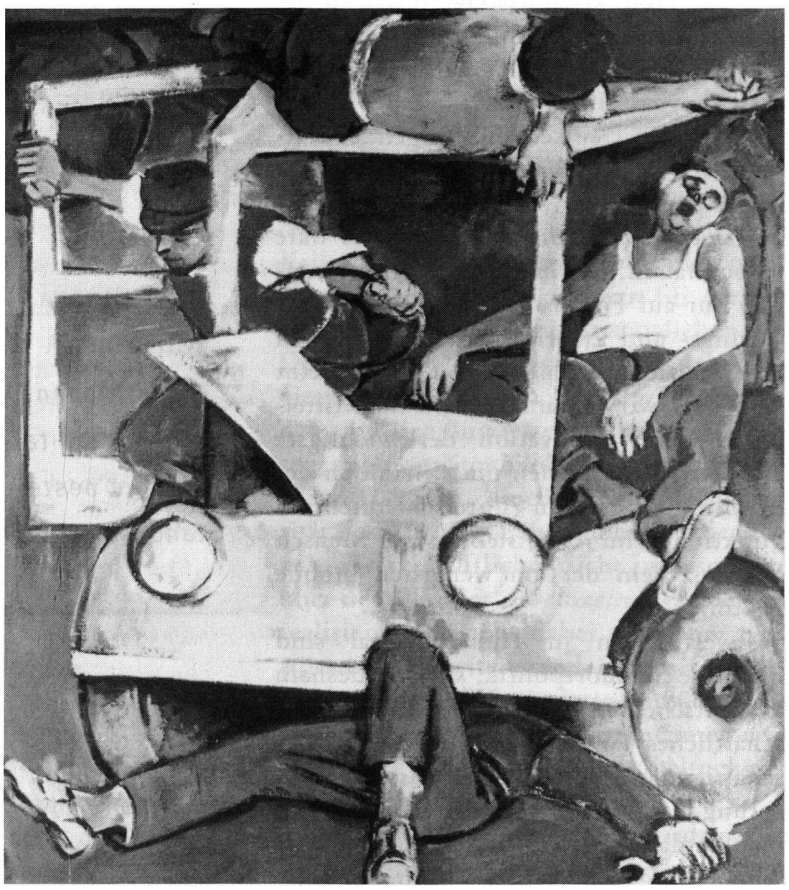
Insbesondere die nachfrageorientierten Wirtschaftskonzepte müssen sich mit einem Problem auseinandersetzen, das früher in der Wirtschaftspolitik keine grössere Rolle spielte. Ich denke an das Problem der *Globalisierung*. Die Herausforderung der Globalisierung besteht nicht so sehr in der zunehmenden Wachstumsrate des internationalen Handelsaustauschs; sie liegt in der Internationalisierung des Finanzkapitals und – dies erscheint mir noch bedeutsamer zu sein – in der *Internationalisierung des Unternehmenssektors* selbst. In den Jahren von 1975 bis 1995 stieg die Zahl der transnationalen Konzerne von 7000 auf 39 000. Diese 39 000 Konzerne haben allein 270 000 Tochterunternehmen. Der Umsatz dieser transnationalen Konzerne betrug 1993 6 Billionen Dollar (zum Vergleich: der weltweite Warenexport betrug 1993 3,6 Billionen Dollar).

Was viele auch übersehen ist, dass der Anteil des konzerninternen Handels am Aussenhandel zunimmt. Nach amerikanischen Untersuchungen sind in den USA 43 Prozent aller Importe und 32 Prozent aller Exporte konzerninterner Handel. Die wichtigste Konsequenz der Internationalisierung des Unternehmenssektors ist, dass neben der Mobilität des Finanzkapitals eine zunehmende Mobilität des Sachkapitals registriert werden kann.

Hoher Stellenwert der Standortkonkurrenz

In den Mittelpunkt wirtschaftspolitischen Handelns rückt damit die *Standortkonkurrenz* um die zunehmende Zahl transnational agierender Konzerne. Eine Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eine Politik, die wirtschaftliches Wachstum fördern will, muss heute mehr denn je eine standortbezogene, angebotsorientierte Politik betreiben. Sie werden vielleicht erstaunt sein, dass ein Gewerkschafter so etwas sagt. Sie werden gleich merken, dass meine Vorstellungen von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sich durchaus von dem unterscheiden, was die Ideologen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik traditionell vertreten. Eine standortbezogene Wachstumspolitik für mehr Beschäftigung kommt, wie ich nachweisen werde, nicht ohne eine nachfragefördernde Makropolitik aus.

Bezogen auf den Standort Deutschland gibt es drei Handlungsbereiche, die je



Mario Comensoli «La machine infernale», 1957, 180,5 x 140 cm. Aus: Mario Comensoli, Ausstellung im Kunsthaus Zürich, Katalog, 5. August bis 1. Oktober 1989, Benteli Verlag, Bern 1989.

nach Interessenstandpunkt natürlich unterschiedlich bewertet werden: die *Kosten*, die *Innovationen* und der *Wechselkurs*. In Deutschland wird insbesondere von Unternehmerseite immer wieder auf die zu hohen Löhne und Steuern verwiesen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang nicht mit allzu vielen Zahlen langweilen; doch möchte ich darauf hinweisen, dass sich die realen Lohnstückkosten in Deutschland im Jahresdurchschnitt seit den siebziger Jahren günstiger entwickelt haben als in den USA. Was die Unternehmenssteuer angeht, so haben wir in Deutschland seit 1986 einen Rückgang der Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von 34,7 Prozent auf nur noch 26 Prozent festzustellen.

Ich will hier nicht bestreiten, dass auch in Deutschland Kostenprobleme bestehen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass es letztlich auf die Produktivität sowohl der eingesetzten Arbeit als auch des eingesetzten Kapitals ankommt.

Zu den grössten Standortproblemen und damit Wachstumshemmnissen gehört die Innovationsschwäche, die nicht nur in Deutschland, sondern europaweit zu beobachten ist. Die entscheidende Grundlage für Produktivitätssteigerung und damit für Investitionen und Wachstum stellt die Innovation dar. Das deutsche Bundesforschungsministerium hat in einer Untersuchung für Deutschland Folgendes festgestellt: «*Wir leben von der Reserve, der Vorsprung schmilzt, in einigen Wirtschaftsbereichen werden wir abgehängt.*» Es wäre jedoch falsch, das Problem der Innovationen nur auf Fragen der Patente, der Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen zu reduzieren. Entscheidend erscheint mir, dass wir erkennen, dass im Mittelpunkt jeder Innovation der wichtigste *Produktivfaktor* stehen muss, nämlich der *Mensch* mit seinen unterschiedlichsten Funktionen im Arbeitsleben. Der Mensch ist ausserdem der am wenigsten mobile Faktor.

Investitionen in Humankapital sind die beste Standortpolitik; sie sind deshalb der entscheidende Ansatzpunkt für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung. Auch hier gilt, dass der Vorsprung Deutschlands schmilzt und – wenn man an das Hochschulwesen denkt – dass wir in einigen Bereichen abgehängt wurden. Schon seit Jahren hat insbesondere die Europäische Kommission darauf hingewiesen, von welch zentraler Bedeutung die kontinuierliche Weiterbildung ist. Ich habe den Eindruck, dass jenseits von vielen Schönwetterreden die Mehrheit in unserer Gesellschaft noch immer nicht verstanden hat, dass Aus- und Weiterbildung den Schlüssel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellt.

Im Bereich der Telekommunikation erleben wir, dass mehr Markt auch neue Regulierung beinhalten muss.

Ich will nicht verhehlen, dass Innovationen auch entsprechender Rahmenbedingungen bedürfen, und dass hierzu auch Deregulierung und mehr Wettbewerb gehört. Ich warne aber davor, hieraus einen ideologischen Grundsatz zu machen. Gerade im Bereich der Telekommunikation erleben wir, dass mehr Markt auch neue Regulierung beinhalten muss, allein schon um den Wettbewerb funktionsfähig zu halten und die Datensicherheit zu gewährleisten.

Die Gewerkschaften sind sich bei ihrer *Tarifpolitik* sehr wohl der zunehmenden Standortkonkurrenz bewusst. Wir können in der Diskussion darauf sicher noch eingehen. Ich möchte feststellen, dass die Flexibilität der Tarifverträge weitaus grösser ist, als oftmals behauptet wird. Dies gilt insbesondere auch für die Möglichkeit, betriebsbezogene Sonderregelungen zu vereinbaren.

Im übrigen – und darauf hatte ich schon hingewiesen – hat sich die Lohnpolitik im mehrjährigen Jahresdurchschnitt immer an der Produktivitätsentwicklung orientiert. Die eigentliche Herausforderung der Tarifpolitik für die Zukunft sehe ich insbesondere in den Bereichen Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Weiterbildung. Es ist selbstverständlich, dass der Tarifvertrag hier nur einen Rahmen abgeben kann, der in den einzelnen Unternehmen ausgefüllt werden muss.

Investitionen in Humankapital sind die beste Standortpolitik.

Nachfrageorientierte Makropolitik

Einen wichtigen Standortfaktor im Verhältnis zu anderen Staaten – ich deutete es schon an – ist der Wechselkurs. Ich möchte dieses Thema hier nicht eingehender behandeln, weil es offenkundig ist, dass die D-Mark-Aufwertungen in Deutschland über viele Jahre hinweg sehr negative Folgen auf Wachstum und Beschäftigung hatten. Dieses Problem wird

sich mit der Wirtschafts- und Währungsunion teilweise erledigen.

Eine standortbezogene, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik bedarf der Ergänzung einer nachfrageorientierten Makropolitik. Gerade die USA haben uns mit ihrer Finanz- und insbesondere mit ihrer Geldpolitik ein positives Beispiel gegeben. Es gibt Untersuchungen des DIW, die nachweisen, dass die europäische Geldpolitik – und dies ist im wesentlichen die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank – verhängnisvolle Folgen auf Wachstum und Beschäftigung hatte. Keiner kann bestreiten, dass ein wesentlicher Teil der heutigen Wachstumsschwäche auf eine Schwäche der Binnenkaufkraft in Deutschland und in Europa zurückzuführen ist. Damit keine Missverständnisse entstehen: Stärkung der Binnenkaufkraft heisst für mich nicht nur grössere Nettoeinkommen für Arbeitnehmer, sondern beinhaltet insbesondere auch mehr öffentliche und private Investitionen.

Angesichts der europäischen Verflechtung unserer Märkte bin ich nicht von einer *national* orientierten Makropolitik überzeugt. Die misslungenen Versuche in den achtziger Jahren in Frankreich und später in Schweden machen deutlich, dass eine sinnvolle Makropolitik nur auf europäischer Ebene erfolgen kann. Nicht zuletzt aus diesem Grund glaube ich, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion eine grosse Chance darstellt, die positiven Erfahrungen der USA nachzuvollziehen. Auch hier muss man sich mit viel ideologischem Ballast herumschlagen; denn wer dies fordert, wird oft verdächtigt, eine inflationäre Haushaltspolitik zu wollen.

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass eine regelgebundene koordinierte Finanzpolitik auf europäischer Ebene möglich ist, die sowohl den Zielen der Geldwertstabilität Rechnung trägt, als auch konjunkturelle Entwicklungen berücksichtigt. Warum soll nicht eine koordinierte Finanzpolitik möglich sein, die den Mechanismus der automatischen Stabilisatoren zur Geltung bringt. Zu einer koordinierten Finanzpolitik gehört aber auch – und dies können wir in der Diskussion vertiefen – eine koordinierte Steuerpolitik.

Eine Wachstumspolitik, die zu mehr Beschäftigung führt, kann sich nicht darauf beschränken, Massnahmen zur Erhöhung der Wachstumsrate selbst zu ergreifen. Es besteht kein Zweifel darüber, dass auch optimistische Annahmen zur Wachstumsentwicklung den hohen Sockel an Arbeitslosigkeit nicht völlig werden wegschmelzen können.

Angesichts der europäischen Verflechtung unserer Märkte bin ich nicht von einer national orientierten Makropolitik überzeugt.

Zu einer koordinierten Finanzpolitik gehört aber auch eine koordinierte Steuerpolitik.

«Arbeit vor Kapital» und Arbeitszeitverkürzung

Vor diesem Hintergrund möchte ich abschliessend zwei Ansätze zur Stärkung der *Beschäftigungsintensität* des Wachstums ansprechen. Es handelt sich zum einen um die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit Arbeit durch Kapital weniger substituiert wird. Zum anderen geht es um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die USA und später auch Grossbritannien haben uns demonstriert, wie mit einer Reduzierung der Arbeitskosten am unteren Ende der Arbeitsproduktivitätsskala Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ich will hier deutlich sagen, dass unsere Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft nicht in Einklang zu bringen sind mit Beschäftigungsverhältnissen auf Hungerlohnbasis. Dennoch ist nicht zu bestreiten, dass eine Reihe von *Arbeitsplätzen mit sehr niedriger Arbeitsproduktivität* nur dann angeboten werden, wenn die Bruttolohnkosten für den Unternehmer ein bestimmtes Niveau nicht überschreiten.

Die Herausforderung besteht darin, hier Beschäftigungsverhältnisse zu entwickeln, die einerseits der betriebswirtschaftlichen Kalkulation Rechnung tragen, andererseits aber ein soziales Auskommen für die betroffenen Arbeitnehmer ermöglichen. In Deutschland sind wir zur Zeit dabei, in Gesprächen mit den Arbeitgeberverbänden und der Bundesregierung über einen sogenannten Kombilohn Lösungen zu suchen. Das Ziel, die Beschäftigungsintensität des Wachstums zu erhöhen, ist jedoch aus gewerkschaftlicher Sicht insbesondere über den Weg der *Arbeitszeitverkürzung* zu realisieren. Es geht dabei nicht um eine pauschale Arbeitszeitverkürzung für alle, sondern um differenzierte Ansätze, die sich an der Realität der Unternehmen und an der Interessenlage der Arbeitnehmer orientieren.

In diesem Zusammenhang wird in Zukunft sicher auch die formale Unterschei-

dung zwischen Teilzeit und Vollzeit immer weniger relevant sein.

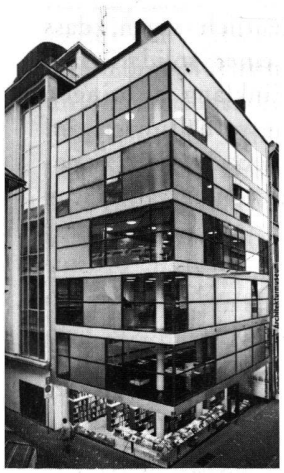
Ich sagte schon, dass es eine zentrale Herausforderung für die Tarifpolitik darstellt, die Fragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit und der Weiterbildung zu regeln. Gerade die Dänen machen uns vor, wie man Weiterbildung und Arbeitszeitverkürzung vernünftig kombinieren kann. Es ist klar, dass dies zu neuen Modellen der Arbeitsorganisation führen muss. Kein Gewerkschafter leugnet im übrigen, dass Arbeitszeitverkürzungen Kosten verursachen, die in der Lohn- und Gehaltsentwicklung ihren Niederschlag finden müssen.

Die Gewerkschaften sind sich bei ihrer Tarifpolitik ihrer Verantwortung für die Arbeitslosen bewusst. Deshalb wollen wir auch, dass überbetriebliche Tarifverträge, also die Flächentarifverträge, auch in Zukunft ihre Ordnungsfunktion behalten können.

Zum Schluss seien noch einmal vier Kernaussagen zusammengefasst:

1. Massenarbeitslosigkeit ist massgeblich das Ergebnis der Wachstumsschwäche, hat aber auch strukturelle Gründe.
2. Angesichts der Globalisierung muss Standortpolitik gemacht werden.
3. Kapital ist ein mobiler Faktor und geht dahin, wo er die besten Bedingungen findet (transnationale Unternehmen).
4. Immobiler Faktor ist der Mensch; hier hat Standortpolitik anzusetzen (Fliegen gehen zum Licht). ✦

TITELBILD



Das Architekturmuseum in Basel. Photo: Christian Baur, 1959.

Architekturmuseum Basel

Das Museum wurde 1984 als Stiftung gegründet. Es belegt vier Etagen eines Hauses im Zentrum von Basel, das als Lehrstück der Nachkriegsmoderne in der Schweiz zu verstehen ist. Die Architekten *Rasser + Vadi* errichteten das Gebäude 1958/59 über einer ursprünglich gotischen Eckparzelle, die in der Senke zwischen dem Münsterhügel im Osten und jenem von Leonhardskirche und Peterplatz im Westen liegt. Mit der Überdeckung des Flusslaufes der Birsig im letzten Jahrhundert hatte sich das Gesicht der Talstadt drastisch verändert. Der Bau war in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts als Geschäftshaus für Einrichtungsgegenstände konzipiert. In den drei ersten Geschossen befanden sich die Verkaufsräume des «Domus», verbunden mit einer innenliegenden Treppe, darüber Ateliers und Büros.

Die primäre Konstruktion besteht aus drei runden Stützen und den Decken, die in den Brandwänden der Nachbarhäuser verankert sind. Die beiden übrigen Fassaden, nichttragende Vorhangfassaden, sind charakterisiert durch modulare Scheiben aus transparentem oder opakem Glas. In jedem Geschoss erlauben die Glaswände einen intensiven Austausch des Innenraums mit der umgebenden Stadt. So lässt sich das Architekturmuseum als gebaute Interpretation klassischer moderner Vorstellungen lesen: zum Domino-Prinzip eines *Le Corbusiers* oder zu den Curtainwalls eines *Mies van der Rohe*. Durch die Neunutzung als Museum Anfang der achtziger Jahre ist das Gebäude integral erhalten und gepflegt. Die Architekten *Diener & Diener* zeichnen für die Renovation und Einrichtung als Museum verantwortlich. *Ulrike Jehle-Schulte Strathaus*

Das Architekturmuseum stellt in wechselnden Ausstellungen internationale und schweizerische Architektur aus und versteht sich als Vermittler von architektonischen Fragen im weitesten Sinn, nicht nur für Fachleute, sondern für ein breites, interessiertes Publikum. Die Direktorin *Ulrike Jehle-Schulte Strathaus* wird aus den Beständen des Museums die 10 Titelblätter der «Schweizer Monatshefte» im Jahr 1998 gestalten. Auf jedem Titelblatt wird ein Werk der schweizerischen Architektur des 20. Jahrhunderts zu sehen sein, in das sie mit einem kurzen Text einführt.

Michael Portillo
The Right Honourable Michael Portillo, London (1953), was educated at Harrow County School for Boys and at Peterhouse, Cambridge, from where he graduated with a First Class Honours Degree in History. After two years at Ocean Transport and Trading Co., he moved to the Conservative Party Research Department in 1976. 1983 Michael Portillo embarked upon in his political career: 1987–1988 Parliamentary Under-Secretary, Department of Health & Social Security, 1988–1990 Minister of State for Transport, 1990–1992 Minister of State for Local Government, 1992–1994 Chief Secretary of the Treasury, 1994–1995 Secretary of State for Employment, 1995–1997 Secretary of State of Defence.

Jobs for Europe

During substantial periods of this century the lives of millions of people in Europe have been blighted by unemployment. The natural urge of most people is to want to work. It enables them to enjoy the dignity of supporting themselves and their families. Unemployment, on the other hand, leads to a loss of dignity, motivation and morale. It divides a nation between «haves» and «have-nots». Large numbers of people out of work also represents a terrible waste in economic terms, and the economy will underperform, leading to a general lowering of living standards even amongst those in work.

Not surprisingly, governments have always been worried about unemployment, and have generally been anxious to be seen to be doing something about it. But very often their interventions have been ineffective or counter-productive. This is an area where the right thing to do is often contrary to intuition, and even when that has been repeatedly shown to be the case, governments often prefer to do the thing that fits intuition, or will be popular with the press and public, rather than do the right thing that will actually help more people to have work. The most obvious example is that where a government sees that a plant is threatened with closure, the «obvious» thing is to «save» the jobs by paying the company a subsidy. But that is often exactly the wrong thing to do. The company postpones the day when it must re-structure or close, and in order to pay the subsidy, the government has to take away more money in taxes from successful businesses and from the public, who are the potential customers of those businesses, thus risking more jobs.

That is just one example. Much of what governments in Europe have done in the name of protecting jobs has served merely to blunt the impact of market forces, and so render business less competitive; and often when they have acted supposedly to improve conditions at work, they have instead introduced rigidities that have also made companies less successful, and therefore less willing to give jobs to people.

Things have changed

Jobs can be created and sustained only where the things that people work to make or supply are in demand from customers. Those demands change, and the rate of change increases with the speed of technological advance. From generation to generation the same phenomenon occurs as people lose jobs in companies that supplied the needs of yesterday, and in time move to jobs with those who have identified the demands of the new age. What has occurred during the digital revolution is no different in kind from what has happened during previous eras. It has just happened faster. Those who argued and believed that the nature of work had undergone a fundamental change which meant that we could never again hope to see anything close to full employment have already been proved wrong. They failed to recognise that in reality what was occurring during the period of high unemployment was a failure in a number of economies to respond fast enough to such rapid change. But as certain countries have recovered, it is evident that the vast gains in productivity made possible by information technology are matched by huge increases in demand for new sorts of product and service. We can, after all, look forward to a future in which most people have a job or jobs.

Education and learning which continues through life are more important than ever. People can expect to move job more often than in the past, and if the economy is not working smoothly they may be out of work between one job and another. People will work differently from in the past and differently from one another. They will vary their hours, they may do some work from home, more people than before may be self-employed and larger numbers

will have more than one job. Governments need to clear away any debris in their economies that might impede the process of adaptation.

A number of European governments have clung to the idea that they can play a direct role in job-creation. Meanwhile, some other countries have taken the view that government's chief role is a facilitator: creating conditions in which others can create jobs by supplying goods and services that people want to buy. Those policies have been especially evident in the United States, New Zealand and Britain, and I shall therefore call it the Anglo-Saxon approach for shorthand, although in fact other countries, for example, Denmark have also followed the path.

Governments need to clear away any debris in their economies that might impede the process of adaptation.

Job Creation in the USA

There has been a marked difference between the performance of the United States in creating jobs and Europe's. Taking the twenty years from 1974 to 1994, the USA created 36 million new jobs in civilian employment, of which 31 million were in the private sector. In the same period only 5 million new jobs were created within the 12 member states of the European Union, of which just one million were in the private sector.

Every minister of labour should have a sign above his or her desk reading: *«A job is created when one person says to another: come and work for me and I will pay you money. Every time government intervenes, we make that simple transaction more difficult»:*

At this point, there is a risk of misunderstanding. I am not saying that there is no place at all for regulation in the workplace. Of course, employees have to be guaranteed clean and safe conditions of work, for example. Certainly we must guard against exploitation and child labour, as other examples. But in areas such as hours of work, conditions of contract, guarantees of employment, terms of redundancy, social benefits etc., too much regulation will lead to fewer jobs. Employers will be wary of taking on new employees, ant that means that potentially large numbers will be left with the meagre social benefits of the unemployed. On the other hand, where the labour market is left flexible, employment levels will rise. That means that an employer will have to compete to attract employees. He does that by offering better benefits and conditions. But they are structured in such a way as to fit in with the business and so maintain its competitiveness.

Too much regulation will lead to fewer jobs.

We are faced with these paradoxes. Efforts to protect jobs can often actually destroy employment opportunities. An over-zealous policy of improving conditions at work can lead to more people living on welfare. But flexible labour market policies, because they produce more jobs, create competition for labour and so, over time, higher standards of provision in the workplace.

Although Europe as a whole has done less well than the United States in creating jobs, within our continent there has been a considerable variation in performance. In recent years, Spain, Germany, France and Italy have experienced high levels of unemployment. Looking at it the other way round, the proportion of people in work shows a similar picture. But the positions of the four countries show significant differences. Notably, France's and Spain's record on youth unemployment is bad but Germany's good, probably because there young workers earn markedly less than adults. But each of the four demonstrate rigidities in their labour markets. When you measure things such as the tendency of workers to work shifts, nights, overtime or weekends, each of the four is towards the lower end of the European graph. These are also amongst the states whose governments impose the highest social costs on employers which they have to pay for on top of wages, making it expensive to offer people jobs. There seems to be a strong correlation between such factors and the numbers of people out of work. These figures also demonstrate that Ireland, Luxembourg and Denmark feature at the low end of the table.

Britain's Success

That in itself helps to deal with a canard that is sometimes heard. There are those in Europe, perhaps presiding over large numbers of unemployed in their own countries, who have claimed that Britain's success in reducing the number out of work

has been achieved at the cost of returning to conditions and practices of the nineteenth century. It simply is not so. The net disposable income of British workers compares favourably with their neighbours in other countries, not least because they pay lower taxes. Britain is highly regulated and still has many inflexibilities. For example, the earnings of our young workers do not show much of a differential with adult rates, which may explain why our youth unemployment is higher than Germany's.

The most productive employers in Britain offer good holidays and short working weeks, but they have designed those packages for themselves, not in response to government directives. Employers do have greater freedom than in many other countries to dismiss their employees, but the result of that is that they are much less fearful of taking people on. We therefore have one of the highest proportions of our people in work amongst European nations, and only tiny numbers on temporary contracts. In countries where so-called employment protection measures are most strict, employers evade the system by offering only temporary positions. In Spain, 36 per cent of workers find themselves denied the protections and benefits which have been designed for them, because they have been forced, if they want work, to be temporary employees. In Britain the figure is very small.

It is true that in Britain there are fewer restrictions than elsewhere on the hours that can be worked in the week, but the result is not that British workers work longer, merely that there is a huge variety in the hours that they choose to work. In Germany, Italy and France very large numbers of workers work the same number of hours, producing a spiky look to their graphs. That suggests that the hours worked are determined more by government regulation than by the choices of employers and employees. In Britain, the graph shows a pretty even spread; there is no norm and so no spike. In each place of work, different arrangements are made. Such flexibility is of benefit not only to the employer, but also to the employee, who may be balancing the hours and times of work against family commitments, or time spent in education, or other work.

Mario Comensoli «Mann in Blau», 1958, 90 x 70 cm. Aus: Mario Comensoli, Ausstellung im Kunsthaus Zürich, Katalog, 5. August bis 1. Oktober 1989, Benteli Verlag, Bern 1989.

The net disposable income of British workers compares favourably with their neighbours in other countries.

But in any case flexibility is about much more than just conditions of employment. The reforms undertaken in Britain during the 1980s involved removing the privileged position of trade unions which they had used to disrupt production and delay the introduction of more effective ways of production. It was important to reform benefits for the unemployed, so as to offer those out of work for long periods counselling or training to ensure that their job search was conscientious and effective. Sharp reductions in the marginal rates of income tax helped to increase incentives, and changes to the controls on the rented housing market improved labour mobility. The privatisation of major businesses, especially those providing universal services such as electricity and telephones, helped to improve overall economic efficiency and led to the elimination of government subsidies. The encouragement of inward investment, notably from Asia-Pacific, introduced to Britain highly efficient management and working practices, which had a strong influence on business in general, offering to British management a clear example of how much they needed to change

in order to achieve global standards of excellence. Taken together, these measures have enabled Britain in the 1990s to enjoy non-inflationary growth with a steady fall in the numbers out of work.

The EU and the Dogma of Protectionism

There are certain threats to that happy state of affairs. The first is the decision by the new British government to sign the social chapter of the Maastricht treaty. We find ourselves in a curious state of affairs. The Labour government accepts the success of flexible labour markets, and indeed extols to other governments the virtues of the Anglo-Saxon approach. It perhaps hopes to convert them before the social chapter is used to inflict damage on Britain's flexibility. But I fear they will not succeed in convincing the others, and that by majority voting, a number of the rigidities that have contributed to unemployment elsewhere, will be introduced to Britain.

Two powerful forces drive the social chapter. First, governments across Europe have realised that they cannot put up taxes any more. People and capital are mobile and move away if governments overburden them. The social chapter provides politicians with the means to give people more benefits, longer holidays and shorter working weeks at no direct cost to the taxpayer. The cost is borne by businesses, but since they become more wary of creating jobs, the cost is borne ultimately by people unable to find work.

Second, it is a firmly held piece of European Union dogma that it is morally wrong for one member state to have lower social costs than another. A country that charges less national insurance than others, or which gives employment protection rights only to people who have been two years in their job, is regarded as practising social dumping.

According to this dogma, the more provision and protection the better. For this reason there is a real danger that the social chapter will be used to increase all our costs (and the disincentive to job creation) to the highest level in Europe, which is generally Germany's. Of course this is as much a danger to Denmark, Ireland and Luxembourg as it is to Britain.

Governments across Europe have realised that they cannot put up taxes any more.

Obstacles of language, culture and prejudice cannot be so easily swept away.

It is no consolation that very few measures have been enacted under the social chapter thus far. In its infancy, and while Britain was excluded from its effects, our partners saw the downside of pressing ahead too ambitiously, with the risk that Britain could sharpen its competitive edge. *Jacques Delors* spoke of his fear that Britain would become a paradise for inward investors. We saw that as an opportunity that could be open to all of Europe. But the European Commission has other ideas for the future. Since it considers it immoral for a member state to enjoy any competitive advantage that derives from its lower social costs, it follows that they have a moral duty to eliminate it. I, on the other hand, think it immoral to legislate for more benefits for those in work if they can be bought only at the expense of those without jobs. If the Commission can convince enough countries to do so, changes can be imposed on member states like Britain by qualified majority voting.

The Dangers of the Single Currency

The second danger is posed by the single currency. It is evident that Europe does not have a single labour market. There are many barriers that make it difficult for people to move from one country to another and compete for jobs on equal terms. One can imagine over a long period of time eliminating some of these, by harmonising qualifications, for example. But obstacles of language, culture and prejudice cannot be so easily swept away. It was difficult enough in the United States for people to move from one region to another in search of work, but in Europe for most people it will be almost impossible to achieve. The European Union, at least in some ways, is actually trying to make it more difficult. Labour ministers recently enacted a so-called «posted workers directive» to make it impossible for employers to post workers to a richer member unless they offer them precisely the same pay and conditions as those available to local workers.

While such relative immobility persists, it is important for regions within Europe to be able to adjust their exchange rates to cope with differences between their cyclical economic performance and their

neighbours'. States which are doing relatively poorly tend to experience a depreciation of their currency, which mitigates the impact of recession by making their imports dearer and their exports cheaper. If you remove that flexibility from the system, the strain of recession which is presently borne partly on the exchange rate, will fall more heavily on unemployment. The European Union has apparently recognised that by allowing for transfers of subsidies from the better-off nations to those experiencing economic difficulties. But the policy is not credible. European taxpayers are already in revolt and will not, I think, be willing to pay up for the economic failures of other member states.

The principal attractions of a single currency as it was originally conceived have, in any case, faded with experience. Europe believed that only Germany with its reliable hard Mark had discovered the means to achieve low unemployment without inflation. Now other countries offer better examples of that happy combination. And as the struggle has continued to bend the criteria for membership to fit the inadequate economic performance of the aspirant participants in the currency, so the Euro seems more likely to be weak, inflationary and subject to political manipulation. That in turn leads me to fear that with a single currency we will continue to be dogged by a lack of confidence in economic management and bouts of austerity, both of which will tend to keep European unemployment high.

The dangers may be particularly acute for those members of the currency who are at the physical edges of Europe. The value of the currency is most likely to reflect economic conditions in the heart of the Union. Inward investors who currently invest in countries like Britain know that they have access to the whole European market, but are protected against local recessions by the flexibility of the exchange rate. But if we were part of a single currency, they might conclude that it was best to invest where local economic conditions most closely matched the exchange rate, and transfer their investment to the heartland.

European taxpayers are already in revolt and will not be willing to pay up for the economic failures of other member states.

While so much energy is devoted to the single currency, the critical factors that will influence levels of employment in Europe in coming years are quite different and are largely being neglected. We should be concentrating on further developing flexibility in the labour markets, and on creating strong multinational companies on a scale that can compete with global giants. Progress on both is slow. Awareness of the need to free up the constraints on job-creation is spreading but has a long way to go. National governments continue to obstruct cross-boundary mergers because they may involve plant closures. The governments may alternatively impose restrictions on such mergers, such as requiring that so much work be done in country A or that the headquarters be in country B, conditions which are nationalistic rather than commercial. Even now, governments are pursuing policies which they perceive to be popular at home, and shying away from decisions that would actually offer the best hopes of near-full employment in the future.

Sadly, this means that unemployment, the blight of the twentieth century, will still leave its mark on millions of Europeans as we move into the new millennium. ✦

SPLITTER

Overall job loss frequency and duration is related to economy-wide conditions which are beyond the individual's control. But there are social habits and attitudes that render unemployment more or less likely and frequent under all macroeconomic conditions. Societies do develop or destroy virtues and policies that render the spread of unemployment more or less likely.

in: Jörg Baumberger, Social consequences of unemployment, Keynote statement, Symposium 7./8. November 1997.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Robert Nef

Causes of Unemployment
Economic stagnation and the dominance of the shareholder value principle or the over-regulation of the labour market and the turning of the tax screws too tight – much has been researched and disputed concerning the causes of high basic unemployment (and its upward tendencies). The working group «Causes of Current Unemployment» shall orient itself concerning the facts such as the so-called productivity gap, in order to develop a new profile for the labour market on the one hand, and for the social state on the other. This shall be done by studying current models typical of the different kinds of reaction – the Anglo-Saxon «neoliberalism» and the continental European combination policy of mollification and deregulation. Job killer No. 1 in the age of globalisation: the machinery of forced redistribution, subsidies gone wrong, and crippling regulations.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vielfältig, und es gibt weder unter den beteiligten und betroffenen Vetragspartnern auf dem Arbeitsmarkt noch unter den Fachleuten, noch unter den Politikern allgemein akzeptierte Deutungen und Begründungen. Genannt werden u. a. die Globalisierung, die einseitige Ausrichtung auf die Wertsteigerung für die Aktionäre (*shareholder value*-Prinzip), Kartellierung des Arbeitsmarktes, Überreglementierung bzw. Fehlreglementierung, zu hohes Lohnniveau bzw. zu hohe Mindestlöhne, Auswüchse des Wohlfahrtsstaates mit steigender Abgabenlast, arbeitssparender technologischer Fortschritt, Wandlungen im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft, abnehmende Massenkaufkraft, verfehlte Wirtschafts-, Konjunktur- und Geldpolitik, unzulängliche Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialpolitik, generelle und fortgesetzte Managementfehler, zunehmender Verteilungs- und Umverteilungskampf sowie verfehlte Einwanderungspolitik. All diese Phänomene können unterschiedlich bewertet und gewichtet werden, und die Verknüpfung von Ursachen, Wirkungen und Nebenwirkungen divergiert je nach politischem Standort bzw. nach wirtschaftlicher Interessenlage oder wissenschaftlicher Lehrmeinung. Der Arbeitsmarkt lässt sich im hochkomplexen Gefüge des Marktgeschehens und der darauf reagierenden Politik nicht isoliert analysieren. Jede Arbeitsmarktpolitik, welche mit speziellen Massnahmen und anknüpfend an traditionelle Rollenbilder auf echte und vermeintliche Störungen, Engpässe und Sackgassen im Verhältnis zwischen Arbeitsanbietern und Arbeitsnachfragern abzielt, riskiert, sich im Dickicht von ungewollten Wirkungen und Nebenwirkungen zu verlieren. Wir stehen vor dem Dilemma, dass jede segmentierte punktuelle Betrachtungsweise von Märkten bzw. von Teilaspekten ihres Geschehens realitätsfremd ist, dass es aber gleichzeitig gefährlich ist, sich eine zutreffende Gesamtschau aller wesentlichen Zusammenhänge anzumassen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht werden bezüglich Arbeitslosigkeit die konjunkturellen Erklärungsversuche bevorzugt, die sich auch mit dem Vorwurf verfehlter oder zu wenig aktiver Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bzw. verfehlter unternehmerischer Entscheidungen kombinieren lassen. Das auf dem Arbeitsmarkt von dieser Seite diagnostizierte Marktversagen bzw. Unternehmer- oder Managementversagen wird aus dieser Sicht durch zu wenig und durch falsche politische Interventionen und Subventionen zusätzlich verschärft. In der Schweiz, wo man weder den staatlichen Mindestlohn noch tiefe allgemeinverbindliche Arbeitszeiten kennt, können die Probleme nicht ausschliesslich bei einer Überregulierung lokalisiert werden, höchstens bei einer Fehlregulierung – speziell im Bereich der Immigration (*A. Rieger*).

Die Arbeitgeber sehen den heutigen Engpass vor allem begründet durch ein Politikversagen in Vergangenheit und Gegenwart. Die auf Konservierung und Konsolidierung fixierte Wirtschafts- und Sozialpolitik hat dem weltweiten Strukturwandel zu wenig Rechnung getragen. Das Bündel von grossenteils ursprünglich kriegs- und krisenbedingten, möglicherweise seinerzeit notwendigen bzw. gut gemeinten steuerlichen Belastungen sowie wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen und Korrekturen hat die An- und Abreizsysteme der Märkte verfälscht, den heute erforderlichen Lern- und Adaptationsprozess verzögert und die Entwicklung in falsche Bahnen gelenkt. *«Subventionen werden nicht nur an Unternehmen bezahlt, sondern in breitem Umfang auch an verschiedene Gruppen von Haushalten, z. B. Studenten, Wohnungseigentümer, Berufspendler, Rentner, Erben von pflegebedürftigen Personen, Theater- und Konzertbesucher. Ausserdem sichert der Staat den Verteilungskampf der Arbeitbesitzenden gegen die Arbeitslosen durch gesetzliche Regelungen zugunsten der Beschäftigten ab.»* (*J. Eekhoff*).

Die wissenschaftliche Analyse zeigt als Hauptursache der Arbeitslosigkeit die sogenannte Produktivitätslücke. Die Summe der Lohn- und Lohnzusatzkosten ist im Vergleich zur Produktivität, die bei Vollbeschäftigung erreichbar ist, zu hoch. Die Produktivität eines Teils der Ar-

beitskräfte reicht nicht aus, um den festgelegten Lohn am Markt – ohne Verluste – zu erwirtschaften. Auf diese Fakten gibt es zwei Reaktionsmuster: das angelsächsische und das kontinental-europäische. Ersteres beruht auf dem Motto «Mehr Markt», welches zu einer Senkung der Arbeitslosenzahl um den Preis erheblicher Einkommensunterschiede («mehr Ungleichheit») geführt hat. Letzteres beruht auf einer Kombination von Regulierungen, Förderungsprogrammen und einem neu auszuhandelnden Stabilitätspakt unter den Sozialpartnern. Dadurch können – mindestens kurzfristig – soziale Spannungen entschärft werden, eine generelle Lösung der strukturellen Probleme ist aber nicht in Sicht. Eine sehr grundsätzliche Analyse der Ursachen zeigt, dass die Probleme allein mit einer Strategie des Wartens auf den Aufschwung, des Wahrens von Besitzständen, des wechselseitigen Nachgebens, des schrittweisen Anpassens, des einstweiligen Flickens und des konzeptionslosen Löcherstopfens (*W. Scheel*) nicht mehr zu bewältigen sind.

Das Hin- und Herschieben der Verantwortung und die Unterscheidung von «hausgemachten», entscheidungsbedingten Ursachen einerseits und globalen, entwicklungsbedingten Ursachen anderseits sowie die unterschiedliche Gewichtung struktureller und konjunktureller Gründe trägt wenig zur Lösung der Probleme bei. In der Diskussion wird neben den konjunkturellen und den strukturellen Gründen der Arbeitslosigkeit ein weiteres, die beiden Kriterien überlagerndes Ursachenbündel genannt, das im mentalen, sozialpsychologischen bzw. sozio-kulturellen Bereich anzusiedeln ist. Zukunftsängste, Technik-, Industrie- und Wachstumsfeindlichkeit, übertriebenes Sicherheitsdenken, Angst vor dem Risiko, fehlende Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischer Verantwortung, Neid, Missgunst und egalitäres Denken führen zu einer Befindlichkeit, in welcher die nicht mehr gewährleistete Stabilität durch die krampfhafte Wahrung von Besitzständen herbeigezwungen werden soll. Solche Blockierungen betreffen Mentalitäten, die weder rein ökonomisch noch rein politisch erklärt und definiert werden können. Die populäre Suche nach einem «neuen Konsens» löst die Probleme nicht, sondern stabilisiert sie auf dem tiefstmöglichen Niveau. Der Rhythmus soziokultureller Veränderung ist langsamer als die Dynamik der Wirtschaft, aber die Hoffnung, man könne mit politischen und rechtlichen Instrumenten die wirtschaftliche Entwicklung bremsen und die soziokulturelle Entwicklung bis zur Synchronisation beschleunigen, wird mehrheitlich nicht geteilt. Es ist in Zukunft mit mehr Reibungsflächen aller Art und damit auch mit mehr sozialen und politischen Konflikten zu rechnen.

Die Globalisierung und die Herausforderung des Wettbewerbs auf internationalen Arbeitsmärkten wird oft zu einseitig als eine Bedrohung gesehen. Die Leitfrage lautet nicht, wie wir bestehende Arbeitsplätze und bestehende Lohnangebote erhalten und besser verteilen können, sondern wie wir die Dynamik der Dienstleistungsgesellschaft erkennen und erfassen können, damit wir als Arbeitgeber und als Arbeitnehmer das dort entstehende Arbeitspotential produktiv nutzen können. Im Rahmen des immer aktueller werdenden «Selfemployment» tritt die Bedeutung der klassischen, auf die Industriegesellschaft zugeschnittene und rechtlich-politisch festgeschriebene Zweiteilung der Rollen «Kapitalist» und «Arbeiter» in den Hintergrund. Diesem Umstand kann durch herkömmliche und neue Formen der Mitbeteiligung Rechnung getragen werden. Was ein Arbeitender bei seinem Lohn an Einbussen erleidet, muss er durch hohe Dividenden auf dem Kapitalmarkt wieder wettmachen können. Der Markt ist in diesem Umfeld keine Bedrohung, sondern eine *Chance für* jene *Lern- und Anpassungsprozesse,* für die es noch keine erprobten, planbaren und organisierbaren Verfahren und Rezepte gibt. Je non-zentraler und kompetitiver in diesem Prozess die Strukturen sind, desto eher sind allseits befriedigende und auch mittel- und langfristig zukunftstaugliche Lösungen zu erwarten. Die Kapitalmärkte setzen auch im Bezug auf Europa positive Signale.

Die optimistische «Welt des Kapitals», das heisst die global orientierte Welt der Börse, kommuniziert heute zu wenig mit jener zukunftspessimistischen «Welt der Arbeit», die noch den überholten Denk- und Verhaltensmustern der Industrie- und Gewerbegesellschaft verhaftet bleibt. Es hat eine eigentliche «Abkoppelung» stattgefunden, die zwischen «Weltmarktorientierten» und «Binnenmarktorientierten» auf beiden Seiten Missverständnisse und Frustrationen erzeugt. Zur global vernetzten «Welt des Kapitals» gehören in der Schweiz erst etwa 15 Prozent der Beschäftigten (vorab in börsenkotierten, international aktiven Unternehmen, zu denen grosse und auch kleine gehören). Gesamteuropäisch dürfte der Anteil noch geringer sein. Die übrigen 85 Prozent beklagen den Verlust der Geborgenheit in einem national, regional und lokal abgestützten Solidarmodell mit staatlich gestützten bzw. geduldeten formellen und informellen Kartellen und einem Netz von offenen und versteckten staatlichen Subsidien. Die Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik ist in Europa zu einem hoch komplexen, nicht mehr finanzierbaren und für die Betroffenen und Beteiligten auch nicht mehr durchschaubaren Dickicht geworden. Die Rollen des verantwortlichen Bürgers, des Steuerzahlers, des Subventionsempfängers, des Nutzniessers, Kunden und Klienten sind nicht mehr transparent. Der Reformbedarf geht weit über den Bereich des Arbeitsmarkts hinaus. Es ist nicht einfach, einen Ersatz zu finden für die «Nestwärme», welche das Solidarmodell, das wohlfahrtsstaatliche Giesskannenprinzip und das unübersichtliche Flickwerk sozialstaatlicher Subsidien vermittelt haben. Der Leidensdruck nimmt zu, er ist aber vielleicht noch nicht gross genug, um die notwendigen radikalen Reformen im Steuer- und Rentensystem zu bewirken.

Es besteht ein dringender Bedarf nach einer *Wertediskussion,* welche die Frage beantwortet, wer denn in einer von börsenkotierten Globalisten beherrschten Wirtschaft die traditionell ge-

meinschaftlichen Aufgaben übernimmt. Ist es ein informeller Sektor mit selbstorganisierter freiwilliger Sozialarbeit (zu welcher die Bereitschaft tendenziell sinkt), oder sind es kommerzielle soziale Dienstleistungsangebote, welche durch sozialstaatliche Subjekthilfe auch für finanziell Schwache erschwinglich wären, oder ist es eine Kombination von herkömmlichen und neuen Modellen? Jedenfalls müssen *neue ethische Verhaltensmuster* entwickelt werden jenseits des auch bei Unternehmern populären und bequemen Lösungsmusters der Verstaatlichung aller Sozialaufgaben. Die weltmarktorientierten Unternehmen haben die Verantwortung, an der Lösung der sozialen Probleme, die sie verursachen, mitzuwirken. Dieses Postulat kann aber auch aus Überlegungen abgeleitet werden, die im weitesten und besten Sinn ökonomischer Natur sind und auf dem aufgeklärten Eigeninteresse beruhen (*B. Frey*). Der Staat und dessen sozialpolitische Institutionen dürfen nicht für die «Sozialisierung der Verluste» missbraucht werden. Anderseits muss das vor allem unter Intellektuellen weit verbreitete Vorurteil in Frage gestellt werden, dass der Wettbewerb auf offenen Märkten im Effekt asozial sei und die etatistischen Interventionen sozial. Empirische Untersuchungen belegen oft das Gegenteil.

Arbeit und Vollbeschäftigung lassen sich nicht durch kollektiv verordnete Umverteilung, staatliche Schutzmassnahmen und Regulierungen herbeiorganisieren, sondern kommen letztlich nur auf funktionsfähigen flexiblen Märkten zur Entfaltung (*F. Jaeger*). Wer sich deshalb einer Liberalisierung, Flexibilisierung und Entmonopolisierung des Arbeitsmarktes widersetzt, bringt die Gesellschaft um die Chance der Vollbeschäftigung. Mehr noch: Er wird im Zeitalter der Globalisierung zum eigentlichen «Job-Killer», weil er die Entstehung neuer, nichtindustrieller Arbeitsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich (z. B. Gesundheit, Bildung, Forschung, Betreuung, Kultur, Erholung, Sport und Unterhaltung) behindert, verzögert und blockiert. ✦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Peter Jankowitsch; *Kommentator:* Robert Nef; *Einführungsvoten:* Johannes Eekhoff, Franz Jaeger*, Andreas Rieger
Heinz Allenspach, Jeanne Barras Zwahlen, Heinrich Christen, Gert Dahlmanns, Detmar Doering, Bruno Frey, Herbert Gienow, Peter Gross, Renata Huch, Michael Kohn, Yost S. Krauss, Josef Marbacher, Walter Scheel, Elisabeth Simonius, Paulus Walder, Ferdinand Zoller
*vertreten durch Ruedi Minsch, Assistent

Soziale Folgen der Arbeitslosigkeit

Stephen R. Freedman

Social Consequences of Unemployment
Unemployment as an aggregate phenomenon often pushes unemployment as an individual phenomenon offstage. Yet «The Social Consequences of Unemployment», which the working group tackled, are also decisive factors when it comes to the development of the labour market: only by analysing the financial, psychological and social trap in which the unemployed find themselves can strategies be designed for overcoming these shackles. The after-effects range from the devaluation of human capital through the loss of intellectual, social or manual competencies, all the way to spiritual and physical collapse. Moreover, in an environment full of unemployment, there is even a great danger of mental «contagion» (for example in the case of children). In order to strengthen both capabilities and the will to achieve, it is recommended that the labour market should become more flexible. This won't solve the problem of poverty, but it may well cut unemployment's destruction of the individual life cycle – and at the same time mass unemployment – down to size.

Eine Gruppe noch nie arbeitslos Gewesener auf ein Thema wie die sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit zu fokussieren, ist vermutlich etwa gleich schwierig, wie eine Gruppe von Ärzten und Biologen für das Leiden der Kranken zu interessieren. Allzu mächtig ist der Drang, über das zu sprechen, worüber man Bescheid weiss, das heisst über Ursachen und Therapien.

Da der Begriff «sozial», der in der Titelfrage auftaucht, seit beinahe zweihundert Jahren vielfältig besetzt worden ist, erstaunt es nicht, dass die provokative These, wonach Arbeitslosigkeit zunächst nicht ein soziales, sondern ein individuelles Erlebnis, eine *individuelle Erfahrung* sei, lebhafteste Diskussionen hervorrief. Unbestritten war zuletzt, (a) dass die Kränkungen aus Arbeitslosigkeit nur durch Individuen erlebt werden können, dass jedoch (b) Arbeitslosigkeit mitunter zur dominierenden gesellschaftlichen Umgebung bestimmter Gruppen werden kann und auf diesem Wege zu einem sozialen Problem wird.

Arbeitslose müssen eine Reihe von Wohlstandseinbussen in Kauf nehmen, die um so eher auftreten, je weiter zurück die letzte Beschäftigung liegt. Typische Beispiele dafür sind der Verlust der Identität, der materiellen Sicherheit, des sozialen Beziehungsnetzes und der physischen und psychischen Gesundheit. Ferner bedeutet Arbeitslosigkeit oft eine Abwertung des Humankapitals des Betroffenen, da viele intellektuellen, manuellen und sozialen Kompetenzen ohne stetige Praxis verlorengehen (*unlearning by not doing,* bzw. *unlearning to learn*). Auf diese Art kann Arbeitslosigkeit für das Individuum zu einem sich selbst verstärkenden Problem werden.

Zu einem *sozialen Phänomen* wird Arbeitslosigkeit, wenn sie für gewisse Gruppen beginnt, zur permanenten Umgebung zu gehören. Es manifestieren sich Ansteckungsprozesse und ungünstige Stabilisierungen. Ein Arbeitsloser in einer Umgebung von Beschäftigten behält die grundsätzlich positive Einstellung zur Arbeit eher als einer, der aus einer in dritter Generation permanent arbeitslos gewesenen Familie stammt. Auch Etikettierungen spielen eine Rolle. Ob ein Arbeitsloser als vorübergehend unbeschäftigt oder als «Sozialfall» abgestempelt wird, ist entscheidend für seine Zukunftschancen. Dabei können häufig einzelne staatliche Vorgehensweisen wie die Umschichtung der Ausgesteuerten in Invalidenkasse die soziale Aussonderung unnötig beschleunigen. Dass eine soziale Stigmatisierung als Stock für die Förderung der individuellen Suche nach Arbeit keineswegs notwendig ist, zeigt eindeutig das amerikanische Beispiel. Etikettierung und soziale Ansteckung sind auch deswegen gefährlich, weil sie dazu führen, dass Menschen, die an sich arbeitsfähig wären, als arbeitsunfähig behandelt werden.

Ferner gibt es einige Hinweise dafür, dass die Arbeitslosigkeit die politische Meinung der Betroffenen zugunsten einer Zunahme der staatlichen Umverteilung verschiebt. Einflüsse auf den politischen Prozess ergeben sich ebenfalls aufgrund der regional und ethnisch unterschiedlichen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit. Solche Unterschiede können unter Umständen als Katalysator für bereits bestehende soziale Spannungen wirken. Diese Zusammenhänge der Arbeitslosigkeit weisen eine starke Zirkularität auf. Wichtig ist die Erkenntnis, dass diese sozialen Konsequenzen letztlich in einer individuellen Problematik gründen, eine Tatsache, die durch die sehr medienwirksamen finanziellen Folgeerscheinungen der Massenarbeitslosigkeit (sprich das Defizit der Arbeitslosenversicherung) und die spürbaren Restriktionen, die sie dem politischen Prozess auferlegen, häufig verborgen bleibt. Die Schaffung von Klarheit in diesem Bereich ist besonders wichtig, weil je nachdem, auf welcher Ebene die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit diagnostiziert werden, sich unterschiedliche Korrekturansätze empfehlen lassen.

Arbeitslosigkeit bedeutet nicht für jeden Menschen dasselbe. Die Schwere des Traumas variiert erheblich z. B. nach Alter, Art und Niveau der Ausbildung und ethnischer Zugehörigkeit. Dennoch scheint ein Folgeaspekt der Langzeitarbeitslosigkeit eine Konstante darzustellen. Bei den Erwerbstätigen und den gelegentlichen Arbeitslosen kann man einen idealtypischen Lebenszyklus erkennen. Dieser besteht aus einer Ausbildungsphase, in der man sich sogar verschuldet, gefolgt von einer Erwerbstätigkeitsphase, in welcher der berufliche Aufstieg die Anhäufung von Ersparnissen im Hinblick auf Alter und Lebensrisiken ermöglicht. Parallel dazu laufen Familiengründung und Kindererziehung. Da ein solcher Lebensplan offensichtlich von der Erwerbstätigkeit strukturiert wird, liegt es auf der Hand, dass eine dauernde Arbeitslosigkeit ihn auf irreversible Art zerstören muss. Mit anderen Worten verunmöglicht die Arbeitslosigkeit jegliche Planung von Konsum- und Sparentscheidungen, dies um so mehr als Sozialversicherungsleistungen zum Teil von einer Erwerbstätigkeit abhängig sind. Die mit diesem Umstand einhergehende *Erhöhung der Lebensunsicherheit* verleitet den Einzelnen dazu, kurzfristig zu denken.

Gestützt auf die bisher erörterten Folgen der Arbeitslosigkeit können nun einige Denkanstösse für einen Lösungsansatz vorgeschlagen werden. Da die kontinentaleuropäische Massenarbeitslosigkeit teilweise auf zahlreiche gut gemeinte, aber kontraintuitiv wirkende wirtschaftspolitische Fehlgriffe zurückzuführen ist, könnte eine Selbstbindung der Demokratie im Sinne eines Verzichts der Einmischung in Marktprozesse bereits einen Fortschritt darstellen. Eine solche Erweiterung des Entscheidungsspielraums für bi- und multilaterale Vereinbarungen könnte den Sozialpartnern in ihrer Suche nach innovativen Lösungen auf Industrie- und Betriebsebene unterstützen.

Ferner sollte das Arbeitslosigkeitsproblem vom *Problem der Armutslinderung* getrennt werden. Der in den letzten Jahren oft erwähnte Tradeoff zwischen der kontinentaleuropäischen Massenarbeitslosigkeit und dem im angelsächsischen Raum anzutreffenden Symptom der arbeitenden Armen liefert einen Hinweis dafür, dass das Arbeitslosigkeitsproblem durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes weitgehend gelöst werden kann, die Armut dadurch jedoch nicht notwendigerweise verschwindet. Es ist denkbar, dass die durch Arbeitsmarktregulierungen induzierte europäische Arbeitslosigkeit teilweise das Armutsproblem verschleiert. Diesen Überlegungen zufolge soll der Staat nicht verunmöglichen, dass an sich im Erwerbsprozess einsetzbare Individuen einen Arbeitsplatz finden. Den Sozialpartnern würde somit die Verantwortung überlassen, für den Einsatz arbeitsfähiger Individuen zu sorgen. Sollte sich herausstellen, dass die Marktarbeit keinen subsistenzsichernden Lohn gewährleistet, so soll dieser Umstand als Armutsproblem behandelt werden. Die in Europa typische Kombination von Mindestlöhnen und grosszügigen Arbeitslosenunterstützungen ist geeignet, Armut und Arbeitslosigkeit zu vermengen. Mit einer

sauberen Trennung erkennt man beispielsweise, dass das Symptom der Jugendarbeitslosigkeit zur Arbeitslosenproblematik, die Arbeitslosigkeit der unausgebildeten Individuen dagegen zur Armutsproblematik gehört.

Ebenfalls im Hinblick auf eine Dezentralisierung der Problembekämpfung dürfte es von Nutzen sein, die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Mobilität von Arbeitskräften im europäischen Raum ausgesprochen gering ist, sogar innerhalb der einzelnen Länder. Somit ist für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut ein lokal ausgerichteter Lösungsansatz unerlässlich, da die Beamten vor Ort über viel mehr fallspezifische Informationen verfügen. Dies mag zwar auf den ersten Blick mit einer Förderung der beruflichen Mobilität in Widerspruch stehen. Wenn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut jedoch getrennt werden, stellen solche Bestrebungen auf lokaler Ebene die Linderung einer Notsituation dar, nachdem die privaten Verhandlungsergebnisse den individuellen Subsistenzerfordernissen nicht gerecht werden konnten.

Dass die Diskussionsteilnehmer nach einer mehrstündigen Debatte zu keinem Konsens gelangen konnten, zeigt, wie stark gewisse Vorverständnisse die Beurteilung eines solchen komplexen Problems prägen können. Da das Gesellschafts- und Menschenbild des Einzelnen im wesentlichen bestimmt, was als Konsequenz und was als Ursache zu betrachten ist, fehlt zum Teil eine gemeinsame Gesprächsgrundlage. Wenn die Natur des Problems bereits für Dissens sorgt, ist es nicht erstaunlich, dass die Meinungen über die vorzuschlagende Therapie ebenfalls auseinandergehen. ✦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Jorge Braga de Macedo; *Kommentator:* Stephen Freedman; *Einführungsvoten:* Jörg Baumberger, Jean-Pierre Bonny, Albert Oosterhoff, Monika Stocker
Gunnar Adler Karlsson, Hans Arnold, Fides Baldesberger, Ezio Cattaneo, François Charrière, Laszlo Csaba, Marcello Foa, Gérard Montassier, Uwe Morawetz, Michael Portillo, Jörg N. Rappold, Hans Schoch, Jiri Schwarz

Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Reinhard Frei

Anti-Unemployment Measures
Unemployment often seems to be abused, made use of as a political football: each political camp tries to achieve its objectives using jobs creation as an argument. In contrast to this, the working group on «Short, Medium and Long-Term Anti-Unemployment Measures» came up with concrete approaches to finding solutions: purging the labour market of its regulations, redesigning the tax system, dismantling barriers to market entry and promoting education and training all emerged as key elements of a sustainable labour market policy. A change in the mentality of society as a whole, extending to greater willingness to accept risk and an entrepreneurial spirit, should accompany these measures.

Die hohe Arbeitslosigkeit hat bis heute wahrscheinlich keine eruptiven politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen gehabt, weil sie finanziell relativ gut abgesichert war. Die Auswirkungen für die öffentlichen Haushalte sind aber desaströs – neben den menschlichen einer von vielen Gründen, diese Situation nicht zu akzeptieren.

Auf den ersten Blick scheint der Staat prädestiniert zu sein, Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen oder einzuleiten. Nachhaltig kann die Arbeitslosigkeit jedoch nur durch die Schaffung von Arbeitsplätzen durch gesunde und ertragsstarke Unternehmungen reduziert werden. Entscheidend dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit, deren Voraussetzung ein Bildungs- und Weiterbildungssystem auf hohem Niveau sowie Offenheit und Wettbewerbsfreiheit sind. Umverteilung hingegen schafft langfristig keine Arbeitsplätze, welche das Kriterium der Nachhaltigkeit erfüllen.

Das Beispiel der USA zeigt, wie wichtig eine gut koordinierte und pragmatisch konzipierte Geld- und Fiskalpolitik bei der Überwindung von Wachstumsschwächen und Beschäftigungsproblemen sein kann. Um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, bedarf es einer «policy mix» von nachfrage- und angebotsseitigen Massnahmen, etwa die Förderung der Innovationstätigkeit, Marktöffnungs-Massnahmen, Investitionen in Forschung, Bildung, Weiterbildung, aber auch die Überprüfung der Finanzierung und der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme. Die Entwicklung eines echten Arbeitsmarktes wird heute durch zu starke gesetzliche Regelungen (Nachtarbeitsverbot, Schutzbestimmungen, starre Lohnsysteme usw.) behindert. Handwerksordnungen, Tarifverträge, Urlaubsgesetze usw. sind zudem Regulierungen, welche den Markt behindern und den Schwarzmarkt fördern. Würde man die in den vergangenen Jahren in Deutschland geleistete Schwarzarbeit in Stellen umsetzen, so könnten über fünf Millionen Stellen geschaffen werden. Der Lähmungszustand, in welchem die Schweiz und andere westliche Indu-

striegesellschaften sich befinden, kann nur mit qualitativem Wachstum und unter grösstmöglicher Schonung der Ressourcen überwunden werden. Eine Flexibilisierung der Löhne und der Arbeitszeit ist ebenso eine wesentliche Voraussetzung für die Verminderung der Arbeitslosigkeit wie die Geldwertstabilität und ein geordnetes staatliches Haushalten. Freilich, die Gefahr, dass ein Zuviel an Deregulierung die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in einer Gesellschaft verrohen lassen, ist allgegenwärtig. Diese Befürchtung der Gewerkschaften wird heute von anderen gesellschaftlichen Kräften geteilt, den Kirchen etwa und jenen, die an die politische Radikalisierbarkeit der Menschen als historisches Faktum erinnern, wenn sie an den Rand des Existenzminimums getrieben werden. Manches Gesetz, manche Verordnung ist ja nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, weil man, nicht nur in Deutschland, aus der Geschichte gelernt hat.

Die Arbeitslosigkeit ist heute auch und vor allem in erster Linie ein Problem des Strukturwandels der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund hat das Schwergewicht der Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit struktureller, institutioneller Natur zu sein. Dazu gehören die mentale und materielle Förderung des Unternehmertums durch eine innovationsfreundliche Steuerpolitik und die Schulung von Selbständigkeit und Kreativität in den Bildungssystemen. In Erwägung gezogen muss aber auch, dass die Entwicklung neuer Technologien, die Veränderung der Produktionsprozesse mithin, welche zu Produktivitätsfortschritten führten, auch verantwortlich gemacht werden muss für den Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Kaum bezifferbar ist heute, ob die neuen Arbeitsplätze, die diese neuen Technologien in den letzten dreissig Jahren entwickelt haben, die dadurch verloren gegangenen Arbeitsplätze zahlenmässig kompensieren.

Die Arbeitslosigkeit zersetzt das moralische Gewebe der Gesellschaft. Dieser beunruhigende Befund *Ralf Dahrendorfs* muss heute den politischen Boden für ein gemeinsames Vorgehen aller in einer Volkswirtschaft beteiligten Kräfte ebnen helfen. Aufschlussreiche ausländische Beispiele wie etwa erfolgreiche Arbeitszeitmodelle bei VW oder Hewlett-Packard zeigen den Weg. Diesen Vergleichen freilich sind Grenzen gesetzt. Tatsächlich tun sich aber heute die westlichen Industrieländer am leichtesten damit, eine Trendwende einzuleiten, deren Lohnniveau immer schon tief war. Dazu gehören neben Holland vor allem die angelsächsischen Länder. Deutschland und die Schweiz hingegen, insbesondere aber Frankreich, dessen Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren wohl unter allen europäischen Ländern die höchste Steigerungsrate seines Lebensstandards erreicht hat, zeigen sich von den Erfolgen Grossbritanniens, USA und Neuseelands unbeeindruckt. Immerhin, unter den Massnahmen und Optionen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist die Entschlackung der Arbeitszeitregelung als vorrangig anzusehen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Akzeptanz der Betroffenen dafür am höchsten zu sein scheint. Die Flexibilisierung des Lohn- und Steuersystems als weitere essentielle Massnahme findet diese Akzeptanz noch nicht. Es macht sich aber bereits die Tendenz bemerkbar, dass man zum Beispiel für mehr Freizeit auch bereit ist, Lohneinbussen hinzunehmen. Was die notwendige Aufhebung der Marktzutrittsbarrieren betrifft, so ist in erster Linie eine aufgeblähte Bürokratie, aber auch das historisch tief verwurzelte sozioprofessionelle Prestige, das heute etwa ein Diplom über die effektiv vorhandene berufliche Kompetenz stellt, abzubauen. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung sollten die Lerninhalte weitaus früher den Bedürfnissen der Arbeitswelt angepasst werden. Grundsätzlich ist eine Verkürzung der Ausbildungszeit vor allem an den Hochschulen ins Auge zu fassen. Wesentlich für die Akzeptanz aller Massnahmen ist der Wille zum gegenseitigen Verständnis der Vorbehalte und Wünsche aller Beteiligten, die Fähigkeit mithin, die Bedürfnisse des Partners zu verstehen und in die Definition der eigenen Position mit einzubeziehen. Mit der Veränderung der Arbeitswelt scheint auch die traditioneller sozialer Codes einherzugehen. ✦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Hannes Androsch; *Kommentator:* Reinhard Frei; *Einführungsvoten:* Ernst Homberger, Christoph Koellreuter, Jean-Pierre Roth, Bernd Schips, Rudolf Walser
André Daguet, Michael Geuenich, Christine Grünig, Gerd Habermann, Peter Hablützel, Ursula Hafner, Peter Hess, Albert Huch, Stefan Kuchelmeister, Dieter Leutwyler, Marina Masoni, Peter B. Müller, Peter Relly, Urs B. Rinderknecht, Gerhard Schwarz, Barbara Scheel, Theodor Tschopp, Alfonso Tuor

Informationsgesellschaft und immaterielle Volkswirtschaft

Michael Wirth

The Information Society and The Intangible Economy

The formal labour society, which is characterised by the status of the employed, has some great difficulties to contend with. Much hope is placed therefore on the informal labour society, which produces intangible goods such as information and communication and other services, and in which people offer their labour, temporarily,

in a way which reflects their sense of responsibility for themselves and their entrepreneurialism. The working group «The Nature of Unemployment Today and of Work Tomorrow» shall tackle the opportunities of a society without fixed employment. «Vocations» will belong to the utopias of yesterday; the overall standard of living will fall, together with purchasing power; a two-thirds society will be created without any social capital. On the other side of the ledger will be, among other positive aspects, greater independence and freedom for the individual, and – via hand-outs or negative income taxes for the non-working members of society – a more efficient welfare system based on voluntary care and neighbourhood working schemes.

In Westeuropa wird die These des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers *Jeremy Rifkin,* dass der formalen Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, zumeist dahingehend interpretiert, dass zwar in Zukunft eine unbeschränkte Menge Arbeit vorhanden ist, unter ökonomischen Gesichtspunkten aber nicht jede Arbeit bezahlt werden kann. Die Experten mögen sich darüber streiten, ob die Produktivitätssteigerung der letzten Jahrzehnte, etwa durch die Informatisierung der Arbeitsprozesse, mehr Arbeitsplätze geschaffen als aufgehoben hat; unbestritten ist, dass sich in den nächsten Jahren das Verhältnis des Einzelnen zu seiner Arbeit grundlegend ändern wird. Neue Bedürfnisse in sich zunehmend globalisierenden Märkten erfordern eine grundlegend neue Organisation der Arbeit. Die Veränderungen stehen ebenso im Zeichen einer Senkung der Arbeitskosten wie auch in dem einer effizienteren Anwendung fachlicher Kompetenz. Es wird ein Wechsel von der formalen Arbeitsgesellschaft, die vom Angestelltenstatus geprägt ist und weitgehend materielle Güter produziert, zu einer informellen Arbeitsgesellschaft stattfinden, in der Angestellte zu Unternehmern mutieren, die zunehmend immaterielle Werte, insbesondere Dienstleistungen im selbstverantwortlichen, gleichsam unternehmerischen Sinne und in befristeten Arbeitsverhältnissen auf Honorarbasis erstellen (Einführendes Votum von *Christian Lutz*). Diese Veränderungen und ihre möglichen Konsequenzen für das soziale Gefüge der Industriegesellschaften werden heute, obwohl wir ihre Anfänge bereits spüren, von den Medien kaum erkannt, geschweige denn analysiert. Die wohl einschneidendste Folge der neuen Entwicklung: Das Honorar wird im Gegensatz zum traditionellen Gehalt unvorhersehbar. Geht man davon aus, dass es in der Regel weniger hoch sein wird als das Gehalt in der formalen Arbeitsgesellschaft, scheint sich die Notwendigkeit abzuzeichnen, dass eine Person mehrere, befristete, ständig wechselnde Arbeitsverhältnisse eingeht. Eine eigenverantwortliche Organisation der Arbeitszeit erlaubt keine klare Trennung der Privat- und Arbeitssphäre mehr. Der eigenen Verantwortung unterliegt auch die Altersvorsorge, die nicht mehr auf einem staatlich garantierten Minimum beruht.

Unter den Tätigkeitsbereichen, in denen Arbeitsmarktexperten seit geraumer Zeit in hohem Masse neue Arbeit auf Mandatsbasis entstehen sehen, gehören die von den neuesten Kommunikations- und Informationstechnologien geförderten Dienstleistungen. Vor allem die Freizeitindustrie, Vergnügungsparks etwa und der professionelle Sport, haben in den westlichen Industriegesellschaften in den letzten 15 Jahren boomartig Arbeitsplätze geschaffen. Unter den Dienstleistungen sind solche mit hohen Wertschöpfungen von solchen mit einer weniger hohen Wertschöpfung etwa im Bereich der Alten- und Krankenpflege zu unterscheiden. Hier besteht zwar eine grosse Nachfrage, klein ist allerdings in den westeuropäischen Ländern die Zahl der Pflegebedürftigen, welche die beanspruchte Leistung auch aus der eigenen Tasche bezahlen können. Der Ruf nach dem Staat wird somit nicht verstummen. Immerhin hat auch die britische Premierministerin *Margaret Thatcher* in den achtziger Jahren aller Deregulierungsdynamik zum Trotz den National Health Service unangetastet gelassen. Arbeitsmandate im Dienstleistungssektor mit geringer Bezahlung können zwar durch eine Kumulation von Mandaten kompensiert werden. Ob diese aber so leicht praktizierbar ist wie noch im 19. Jahrhundert, als ein Bauer auch Winzer und Handwerker war, diese Tätigkeiten aber auf kleinstem Raum, nämlich dem der Dorfgemeinschaft, ausführte, mag bezweifelt werden. Heute müssen von einer Person, die zwei oder drei Arbeitsmandaten nachgeht, grosse Entfernungen zurückgelegt werden, die sehr hohe zeitliche und finanzielle Belastungen mit sich bringen.

Eine zentrale Frage der nächsten 10–15 Jahre wird zweifellos sein, ob sich der Mensch überhaupt soweit individualisieren lässt, dass er auf staatliche Regulierungen verzichten kann. (Eingangsvotum *Beat Kappeler*). Die Schwerfälligkeit des Staates, auch oder gerade in der Rolle als Überwacher und Regulierer, ist bekannt und unumstritten. Vor allem bei der staatlichen Förderung von Mobilität sind Zielkonflikte vorhersehbar. So «fallen» Arbeitnehmer in der formalen Arbeitsgesellschaft nicht selten aus der Sozialversicherung ihres Staates «heraus», wenn sie regelmässig und über mehrere Jahre im Ausland arbeiten. Mobilität hat die Tendenz, nicht nur jene traditionellen Familienstrukturen, die später an Stelle des Staates wieder einen Teil der Altersversicherung übernehmen sollen, zu zerstören, sondern gefährdet auch, ähnlich wie dies etwa die Aufhebung des Sonntags als Ruhetag tut, das Familienleben als das die Produktivität und Kreativität des Einzelnen fördernde Sozialkapital. Greift der Staat hier regulierend ein, so vermag er

zwar einerseits dieses Sozialkapital zu schützen, läuft aber andererseits auch die Gefahr, die Freiheit der Arbeit des Einzelnen zu beschneiden.

Etwa die Hälfte der Arbeitslosen, die in dem heute als Modell geltenden Grossbritannien seit etwa drei Jahren wieder Arbeit gefunden haben, verdienen nur noch 60–70 Prozent ihres ursprünglichen Salärs. Angesichts der zu erwartenden Senkung des Lebensstandards der Mittelschicht stellt sich die Frage nach der ökonomischen und sozialen Funktion, welche diese in den westeuropäischen Gesellschaften künftig innehaben wird (Eingangsvotum *Beat Kappeler*). Immerhin übte sie bisher viele Informations-, Vermittlungs- und Kontrollfunktionen aus. Wie soll deren Kaufkraftverlust in einer Gesellschaft ausgeglichen werden, die, so ist zu erwarten, in ein Drittel zwar nicht mehr arbeitsloser aber unterbeschäftigter und schlecht verdienender und in zwei Drittel gut verdienender Menschen gespalten ist? Ganz wird man weder auf die Hilfestellung des Staates noch auf die der höchst produktiven Kräfte des formalen Sektors verzichten können. Der Rückzug eines bedeutenden Teils der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Status der/des Nicht-Arbeitenden wird sich als unumgänglich erweisen. Ihre soziale Sicherung würde aus dem formalen Sektor stammen. Bürgergeld und negative Einkommenssteuern sichern die Umverteilung, und die Nicht-Arbeitenden leisten freiwillige Pflege- und Nachbarschaftsarbeit. Das Grundeinkommen erlaubt es, sich seinen Platz im formalen oder informellen Sektor auszusuchen, und auch wieder mal zu wechseln. Die Sozialeinrichtungen, die heute 40–50 Prozent des Volkseinkommens umverteilen, könnten so gestrafft oder abgeschafft werden.

Die Frage nach der Individualisierungsbereitschaft der Menschen und die nach dem künftigen Status beruflicher Arbeit sind eng miteinander verbunden. Mag auch der Abschied von einem historisch tief verwurzelten Verständnis traditioneller Berufsarbeit ein Garant für den künftigen Erfolg der Volkswirtschaft sein, die Abschätzung der sozialen Folgen ist von allen am Wirtschaftsleben beteiligten Kräfte noch zu leisten. ✦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Bernard Perret; *Kommentator:* Michael Wirth; *Einführungsvoten:* Klaus J. Jacobs, Beat Kappeler, Christian Lutz
Andreas Bellwald, Christian Boesch, Jean Marc Boulgaris, Sébastien Bourquin, Hans-Peter Burkhard, Mgr. Joseph Candolfi, Charles Goldfinger, Klaus Hug, Hervé Mariton, Mauro Martinoni, Peter Meister, Eugénie Pollak Iselin, Martino Rossi, Pierre Weiss, Jean Zwahlen

Erziehung und Bildung im Hinblick auf die Gesellschaft von morgen

Alexandra M. Kedveš

Training and Education with Regard to the Society of Tomorrow
Educational misery was the catch phrase with which Tony Blair whipped up his election campaign. Even in Germany, from first-year university students all the way to the Bundespräsident, complaints are registered about the educational system. Students go on strike for better studying conditions; the economy and politicians demand quicker completion of studies as well as graduates with excellent qualifications who are intellectually as well as physically mobile and fully oriented toward the labour market's realities. The working group «Training and Education with Regard to the Society of Tomorrow» shall explore the shortcomings of the present educational system, establish the required profile of an educational system of the future, and discuss ways of getting from the former to the latter.

«Schaffen wir ein Bildungswesen, das Leistung fördert, keinen ausschliesst, Freude am Lernen vermittelt und selbst als lernendes System kreativ und entwicklungsfähig ist. (...) Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit», lautet das Schlusswort der Rede des deutschen Bundespräsidenten *Roman Herzog* auf dem Berliner Bildungsforum im November 1997. Besonders *Herzogs* Schelte, in der Bundesrepublik sei man universitär *«nicht mehr gut und rasch genug»,* hat einigen Staub von der Akte «Bildung» heruntergewirbelt. Mit ganz ähnlichen Diagnosen und Postulaten hat auf dem Wolfsberg die multinationale Arbeitsgruppe V «Erziehung und Bildung im Hinblick auf die Gesellschaft von morgen» einen gründlichen Putzplan für die Bildungsinstitutionen und ihre Akteure entworfen:

Zu den Zielen eines reformierten Bildungswesens gehört vor allem die Förderung einer *Mentalität,* die den Ansprüchen einer Welt in Zeiten des globalisierten Unternehmertums Rechnung trägt. Ein dementsprechend angepasster Lehrplan müsste folgende Lernziele enthalten: Zusammenhänge herstellen, Wissen organisieren, Lösungswege finden, Lerntechniken verbessern; sich informieren und Kommunikationstechniken beherrschen (soziale Fertigkeiten und Fremdsprachenkenntnisse spielen dabei ebenso eine Rolle wie technisches *know-how);* Unternehmergeist entwickeln, wozu die Fähig-

keit zum Engagement, zur Solidarität und zu verantwortlichem Handeln gehört, aber auch zum planerischen Einsatz von Modellen und Berechnungen. Zudem darf solides Basiswissen nicht vernachlässigt werden, da dieses nicht nur die sofortige Verfügbarkeit von wesentlichem Material bedeutet, sondern auch entscheidende Ordnungsleistungen ermöglicht: Solche Leistungen sind besonders beim sich heute schnell verändernden und wachsenden Wissen gefragt, das die Bereitschaft zum *life-long learning,* zur lebenslangen Offenheit für Neues, verlangt. Aus der Perspektive des Arbeitnehmer-Nachfragers Wirtschaft lautet das Pflichtenheft einer arbeitsmarktkompatiblen Schule und Hochschule denn auch: Praxiserfahrung, Veränderungsbereitschaft, Informatikkenntnisse, Leistungsbereitschaft, Vertrautheit mit anderen Kulturen und Anpassungsfähigkeit müssten die Absolventen aller Bildungswege mitbringen. Kurz, was not tut, ist eine neue *«culture de curiosité»,* gekoppelt mit den Fähigkeiten, die nötig sind, um diese *curiosité* auch produktiv umzusetzen.

Grosse Ansprüche an ein System, das die Politik in der jetzigen Beschäftigungskrise weder zum alleinigen Hoffnungsträger noch zum Prügelknaben stilisieren darf, denn eine Bildungsreform kann lediglich *langfristig* Impulse auf dem Arbeitsmarkt geben. *Kurzfristiges* Wirkungspotential liegt eventuell im Import hervorragender Köpfe: Sie könnten den Wandel anstossen, aktuelles Wissen vermitteln und zugleich mit ihren Leistungen die Attraktivität des Standorts Schweiz erhöhen.

Für den *Strukturumbau* im Bildungswesen skizzierte die Arbeitsgruppe Konzepte, die fünf neuralgische Punkte betreffen: *erstens* die Schul- und Studienzeitverkürzung und frühere Einschulung; *zweitens* Bildungsanreize für junge Arbeitslose bis hin zum Grundsatz «kein Transfer ohne Gegenleistung», nach dem Vorbild *Tony Blairs; drittens* den raschen Auf- und Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten samt internationaler Vernetzung; *viertens* mehr Informationsangebot über Weiterbildungsmöglichkeiten und leichtere Informationszugänglichkeit für Schüler eine Aufgabe für Presse, Politik wie für die Bildungsinstitutionen selbst; *fünftens* die Abkehr von der Begünstigung mediokrer Leistungen und Persönlichkeiten zugunsten einer elitebewussten Exzellenzförderung, seien die überdurchschnittlichen Leute auch unbequem; *sechstens* die zügige Umsetzung des zur Zeit erst theoretisch europakompatiblen, durchlässigen dualen Systems mit den neu institutionalisierten Fachhochschulen. Dafür muss die Gleichwertigkeit der diversen Formen von Intelligenz und entsprechend die Gleichwertigkeit der diversen Abschlüsse in der Gesellschaft deutlich gemacht und verankert werden.

Zur Förderung des Standorts Schweiz wären ausserdem Investitionen in die Forschung und ein engerer Kontakt zwischen Universität und Wirtschaft wichtig. Eine Lernverlagerung – weg von den Schulen, die sich zu langsam reformieren, hin zu den Firmen und privaten Institutionen – könnte desgleichen zu einer grösseren Effizienz im Bildungssystem beitragen. Ratsam scheint in diesem Zusammenhang besonders auch, die Weiterbildungspolitik im Betrieb fortzusetzen und durch Technologievorsprung anstatt durch Lohndumping eine höhere Produktivität zu erreichen und die allseits beklagte Innovationsschwäche so zu beheben.

Unter das *Stichwort «Inhalte»* fallen die bereits erwähnten Zielvorgaben Kreativität, Selbständigkeit, Innovationspotenz, (die auch technologisch zeitgemässe) Kommunikationsfähigkeit, Multikulturalität und immer wieder Beweglichkeit, Flexibilität. Da viele streng reglementierte Ausbildungsgänge wie etwa die kaufmännische Lehre oder manche Handwerkslehren nicht mehr den Bedürfnissen der vernetzten Welt entsprechen, gilt es, bei Schülern, Studenten und Auszubildenden ein neues Berufsverständnis zu verwurzeln; Beruf heisst heute Expertise in einem sich ständig wandelnden *Berufsfeld.* Denn die Wahrscheinlichkeit, während der aktiven Jahre mehrmals Stelle und gar den Beruf wechseln zu müssen, ist inzwischen sehr hoch. Dabei bleibt gutes Grundlagenwissen essentiell: Die Fähigkeit, einen Themenkomplex umfassend zu recherchieren und zu bearbeiten – zu kennen – ist unabdingbar für die heranwachsenden *Global Players* im Westentaschenformat. In einer blossen «Knopfdruckgeneration» kann die Zukunft nicht liegen. Um die Quote des nachschulischen Ausbildungsabbruchs – immer eine Zeit- und Ressourcenverschleuderung – zu senken, sollten die Schulen zudem Schnupperkurse in verschiedenen Berufsfeldern als Entscheidungshilfe anbieten.

Die Gewährleistung und Überprüfung der *Qualität* eines erneuerten Bildungswesens muss ein weiterer Schwerpunkt jeder Reform-Diskussion sein. Lähmend sind z. B. die viel zu langen Adaptationszeiten bei der Lehrplangestaltung, etwa im Fach Biologie. Zudem zeigen gerade die Lehrkräfte an höheren Schulen wenig Bereitschaft zum Wandel, sei er pädagogischer oder fachlicher Natur. Durch die Hochschule mehr schlecht als recht auf ihre Lehrtätigkeiten vorbereitet, sind sie oft zur angemessenen Reaktion auf die Bedürfnisse der Schüler einerseits und auf die des Nachfragers Wirtschaft nicht fähig. Ein flächendeckendes Universitätsangebot allein schafft keine Abhilfe; sondern es ist für die Qualitätssicherung an den Schulen ist eine breitere Lehrerausbildung zu empfehlen, die auch den Ausstieg aus dem Schulwesen erleichtert (z. B. bei *burn-out syndrome*). Grosszügige Frühpensionierungsregelungen und systematische Weiterbildung kämen volkswirtschaftlich gesehen auf lange Sicht billiger als Sparmassnahmen und Überforderung der Lehrer. Die Anregung (wenn nicht der Zwang) zum *life-long learning* sollte auch hinsichtlich der Lehrmethoden bestehen. Schliesslich fehlt eine regelmässige Evaluation des Lehrkörpers, die den Akzent nicht auf Sanktion, sondern auf Verbesserung der pädagogischen Leistung legt. Um als – durchaus partnerschaftliche – Vorbilder in Erscheinung treten zu können, müssen Lehrer heute ebenfalls

über die unentbehrlichen Qualitäten Mobilität, Kreativität, Offenheit usw. verfügen, interdisziplinär arbeiten können und beispielsweise den Sprachunterricht zur Entwicklung multikultureller Kompetenzen nutzen. Obligatorisches Teamwork der Lehrer wie im Kanton Wallis könnte den Pädagogen zudem aus seiner Einzelkämpferrolle lösen und erstarrte Verhaltensmuster aufbrechen.

Erziehung und Bildung als Faktor auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft von morgen darf, so das abschliessende Résumée der Gruppe, weder die Gestalt detailwissenverliebter, allzu langer «Verbildung» durch die autonomen Bildungsinstitutionen annehmen noch einer kurzfristig angelegten «Verökonomisierung» dieser Institutionen Vorschub leisten. Bedauerlicherweise wird vernachlässigt, dass die meisten der jungen Hochschulabsolventen, die heute stempeln gehen müssen, alle oder fast alle die angemahnten Qualitäten bereits mitbringen (zumindest in der Bundesrepublik, wo Schüleraustausch, Auslandjahr, Informatikunterricht, Teamarbeit usw. Usus sind). So haftet der – fraglos wichtigen und völlig korrekten – Bildungs-Formel: *«lehren zu lernen – lernen zu lehren»* im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit akademischer Berufseinsteiger (das «Dr. Taxifahrer-Syndrom») ein leicht fader Nachgeschmack an. Die Ausbildungsbereitschaft, welche die Wirtschaft der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren an den Tag gelegt hat, ist ebenfalls kein Ruhmesblatt. ✦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Peter Tschopp; *Kommentatorin:* Alexandra M. Kedveš; *Einführungsvoten:* Iso Camartin, Konrad Osterwalder, Serge Sierro
Moritz Arnet, Jachen C. Arquint, Walter Scheel, Marlène Schnieper, Philippe Bruggisser, Gallus Cadonau, Eric Fumeaux, Caspar E. Manz, Daniel Reuter, Angelo Rossi, Guido Vestuti, Guido von Castelberg, Otto Zwygart

TEILNEHMERLISTE / PARTICIPANTS

SUISSE / SCHWEIZ / SWITZERLAND

Politik und Verwaltung / Politique et administration / Politics and administration

Politik, Parteien / Politique, partis / Politics, parties:

Christine Beerli, lic. iur., Ständerätin, Biel, Präsidentin der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, Fürsprecherin, selbständige Anwältin
Dr. phil. Ursula Hafner, Nationalrätin, Schaffhausen, Präsidentin der SP-Fraktion der Bundesversammlung, Kantonsschullehrerin
Dr. iur. Peter Hess, Nationalrat, Zug, Präsident der CVP-Fraktion der Bundesversammlung, Rechtsanwalt
Dr. Daniel Reuter, Zürich, Generalsekretär, Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)
Elisabeth Simonius, Basel, Vizepräsidentin, Liberale Partei der Schweiz
Prof. Peter Tschopp, Conseiller National, Vandœuvres, Professeur à l'Université de Genève, Vice-président du Parti radical-démocratique suisse (PRD)
Monika Weber, lic. phil., Ständerätin, Zürich, Direktorin, Migros Genossenschaftsbund
Otto Zwygart, Nationalrat, Bolligen, Sekundarlehrer, Zentralpräsident, Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP), Präsident Aqua Viva, Schweizerische Aktionsgemeinschaft zum Schutze der Flüsse und Seen

Regierungs- und Stadträte / Conseillers des Etats et municipaux / Cantonal and Local authorities:

Dr. sc. techn. Ernst Homberger, Regierungsrat, Zürich, Vorsteher der Direktion der Volkswirtschaft des Kantons Zürich
On. Avv. Marina Masoni, lic. iur., Consigliera di Stato, Bellinzona, Direttrice del Dipartimento delle finanze e dell'economia del Canton Ticino
Serge Sierro, Conseiller d'Etat, Sion, Chef du Département de l'éducation, de la culture et du sport du canton du Valais
Monika Stocker, Stadträtin, Zürich, Vorsteherin des Sozialdepartements der Stadt Zürich

Öffentliche Verwaltung / Administration publique / Public administration:

Moritz Arnet, lic. iur., Bern, Generalsekretär der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
Andreas Bellwald, dipl. Ing. ETHZ, Bern, Delegierter des Bundesrates für wirtschaftliche Landesversorgung, eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Jean-Marc Boulgaris, lic. sc. pol., Berne, Ambassadeur, Directeur suppléant de la Direction politique, Département fédéral des affaires étrangères
Dr. Hans-Peter Burkhard, Zürich, Direktor des kantonalen Amts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Kantons Zürich
Dr. iur. Ezio Cattaneo, istituzionalista, Berna, già direttore del Servizio di documentazione dell'Assemblea Federale; segretario della Deputazione Ticinese alle Camere, Presidente della conferenza dei presidenti delle «Dante Alighieri» di Svizzera; membro del comitato direttivo del Forum Helveticum
Dr. phil. Peter Hablützel, Bern, Direktor des eidgenössischen Personalamtes
Annemarie Huber-Hotz, lic. sc. pol., Bern, Generalsekretärin der Bundesversammlung
Alexis Lautenberg, Bruxelles, Ambassadeur, Chef de la mission suisse auprès de l'UE

Dr. Mauro Martinoni, Bellinzona, Direttore dell'ufficio degli studi universitari, Dipartimento dell'istruzione e della cultura del Canton Ticino
Peter Relly, Bern, Stellvertretender Direktor, Personal Post
Dr. sc. pol. Jean-Noël Rey, Berne, Directeur général du département de la poste, Membre de la Direction générale des PTT
Martino Rossi, lic. rer. pol., Bellinzona, Direttore della Divisione Azione Sociale, Dipartimento delle opere sociali del Canton Ticino
Prof. Dr. oec. Hans Sieber, Bern, Direktor, Bundesamt für Konjunkturfragen, eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Militär / Militaires / Military:

Dr. iur. Hans Bachofner, Uitikon-Waldegg, Divisionär a. D., ehem. Berufsoffizier, zuletzt Stabschef operative Schulung der Schweizer Armee und Chefredaktor der «Allgemeinen Schweizer Militärzeitschrift»
Eugénie Pollak Iselin, Bern, Brigadier, Chef der Dienststelle Frauen in der Armee, Eidgenössisches Militärdepartement

Justiz / Justice:

Christine Grünig, lic. iur., Zürich, Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich
Dr. iur. et rer. publ. Guido von Castelberg, Zürich, Präsident des Kassationsgerichts des Kantons Zürich

Bildung und Erziehung, Media, Verbände / Culture et éducation, média, associations / Culture and education, media, associations

Universitäten / Universités / Universities:

Prof. Dr. Jörg Baumberger, St. Gallen, Volkswirtschaftliche Abteilung, Universität St. Gallen
Prof. Dr. rer. pol. Niklaus Blattner, Basel, Volkswirtschaftlicher Berater der Schweizerischen Bankiervereinigung, ab 1.1.1998 Generalsekretär, Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik, Universität Basel
Prof. Dr. Iso Camartin, Zürich, Professor für rätoromanische Literatur und Kultur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule und an der Universität Zürich, Schriftsteller, Träger des Europäischen Essay-Preises der Fondation Veillon und des Conrad-Ferdinand-Meyer-Preises sowie Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt
Prof. Dr. Bruno Frey, Zürich, Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Wirtschaftspolitik, Direktor des Institut für empirische Forschung, Universität Zürich
Eric Fumeaux, dipl. ing. chem. ETHZ, Sion, Directeur de l'Etablissement d'Enseignement Supérieur du Valais. Président de la Conférence des directeurs des Ecoles d'Ingénieurs (ETS du jour) de Suisse
Prof. Dr. oec. Franz Jaeger, a. Nationalrat, St. Gallen, Professor für Volkswirtschaftslehre und Extraordinarius für Wirtschaftspolitik sowie geschäftsleitender Direktor der Forschungsstelle für empirische Wirtschaftsforschung (FEW), Hochschule St. Gallen; Hauptdozent für Volkswirtschaftslehre im NDU (Nachdiplomkurs für Unternehmensführung), KMU (Kurse für kleine und mittlere Unternehmen) und Masters of European and International Business Law an der Hochschule St. Gallen
Prof. Dr. Konrad Osterwalder, Zürich, Rektor, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Dr. Angelo Rossi, Dänikon, Honorarprofessor, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Prof. Dr. Bernd Schips, Zürich, Leiter der Konjunkturforschungsstelle, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Kirchen / Eglises / Churches:

Mgr. Joseph Candolfi, Bellach, Titularbischof von Frigento
Paulus Walder, Pfarrer, Zürich, Pfarrer der reformierten Kirchgemeinde Zürich-Enge, Vizedekan des Pfarrkapitels Zürich

Medien / Média / Media:

Prof. Beat Kappeler, Herrenschwanden, Journalist, Mitarbeiter bei Hebdo, Zeit, Weltwoche, a.o. Professor für Sozialpolitik am Institut de Hautes Etudes en Administration Publique de l'Université de Lausanne, ehemaliger Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Dieter Leutwyler, Basel, Redaktor, Basler Zeitung
Dr. Gerhard Schwarz, Zürich, Leiter der Wirtschaftsredaktion, Neue Zürcher Zeitung, Lehrbeauftragter für Ordnungspolitik, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Zürich
Marlène Schnieper, Zürich, Redaktorin, Tages-Anzeiger
Dr. Alfonso Tuor, Muzzano, Capo redazione economica, Corriere del Ticino

Verbände / Associations:

Dr. Jachen C. Arquint, Chur, Zentralpräsident, Neue Helvetische Gesellschaft
Sébastien Bourquin, Neuchâtel, Secrétaire général, Dynamicha, organisation nationale de jeunes pour la promotion des échanges et rencontres entre les quatre région linguistiques
Gallus Cadonau, Zürich, Geschäftsführer, Schweizerische Greina Stiftung zur Erhaltung der alpinen Fliessgewässer
Dr. Peter Gross, Zollikon, Präsident des Redressement National, Verwaltungsratspräsident der Solothurner Bank, Verwaltungsratsmitglied der SMH Schweizerische Gesellschaft für Mikroelektronik und Uhrenindustrie AG, der Karl Steiner AG, der Hilty AG und anderer Firmen
Prof. Dr. med. Dr. h. c. Albert Huch, Zürich, Leiter der Klinik für Geburtshilfe, Universitätsspital Zürich, Verein Bürgergesellschaft
Prof. Dr. med. Dr. h. c. Renate Huch, Zürich, Leitende Ärztin, Klinik für Geburtshilfe, Universitätsspital Zürich, Verein Bürgergesellschaft
Dr. iur. Klaus Hug, Bern, Rechtsanwalt, spezialisiert in Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsmarktes, ehem. Sekretär des Zentralverbands schweiz. Arbeitgeber-Organisationen; Zürich, ehem. Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA),

Präsident der Academia C; Präsident des Verbandes der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser; diverse Verwaltungsratsmandate; Präsident des Institutsrates des Instituts für Geistiges Eigentum
Dr. h. c. Michael Kohn, Zürich, Präsident Arbeitskreis Kapital + Wirtschaft, Präsident der Energiekommission der Internationalen Handelskammer (ICC) Paris
Dr. oec. publ. Christian Lutz, Rüschlikon, Direktor, Gottlieb Duttweiler Institut, Verfasser verschiedener Bücher und Aufsätze
Dr. phil. Peter Meister, Muri b. Bern, Vorstandsmitglied des Altherrenverbandes des Schweiz. Studentenvereins (StV); Kaderselektion
Robert Nef, lic. iur., Zürich, Leiter, Liberales Institut; Herausgeber und Redaktor der «Schweizer Monatshefte»
Hans Schoch, Zürich, Zentralsekretär der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie SAD
Dr. phil. Michael Wirth, Lausanne, Zürich, Herausgeber und Redaktor der «Schweizer Monatshefte»

Wirtschaft und Arbeit / Economie et travail / Economy and labour

Wirtschaft / Economie / Economy:

Fides Baldesberger, lic. phil., Stabio, Presidente, Outils Rubis SA
Jeanne Barras Zwahlen, Genève, Senior Economist, Relationship Developer, Credit Suisse Private Banking
Christian Boesch, lic. rer. pol., Zürich, Direktor, Zürcher Handelskammer, Chairman Zurich Chapter CEPS
Jean-Pierre Bonny lic. iur., RA, Nationalrat, Bern, Fürsprecher, Wirtschaftskonsulent, Jurist beim Schweizerischen Gewerbeverband, Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben; ehem. Präsident der Finanzkommission des Nationalrats, ehemaliger Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit BIGA
Philippe Bruggisser, lic. rer. pol., Zürich-Flughafen, Präsident der Konzernleitung SairGroup
Dr. Peter Buomberger, Zürich, Chefökonom, UBS Schweizerische Bankgesellschaft
Heinrich Christen, lic. phil. I, Zürich, Leiter Kompetenzzentrum Maschinenindustrie, ATAG Ernst & Young
Klaus J. Jacobs, Zürich, Verwaltungsratspräsident der Adecco SA, der Klaus J. Jacobs Holding AG und der Barry Callebaut AG; Präsident des Weltbundes der Pfadfinder, Präsident des Stiftungsrates der Johann Jacobs Stiftung
Dr. Christoph Koellreuter, Basel, BAK, Konjunkturforschung Basel AG
Caspar E. Manz, Zürich, VR-Präsident, Hotel St. Gotthard AG; Verein Bürgergesellschaft
Dr. oec. publ. Josef Marbacher, Zürich, Verwaltungsrat, GFI – Global Financial Institute
Pierre Mirabaud, Genève, Associé-Gérant, Mirabaud & Cie., Banquiers
Maria Mumenthaler, Genève, Présidente, Manpower SA
Peter B. Müller, Wangen b. Olten, Verwaltungsratspräsident Swiss Human Line, Präsident des VPS Verband der Personalberatungsunternehmen der Schweiz; Verein Bürgergesellschaft
Dr. iur. Jörg N. Rappold, Kantonsrat, Zürich, Rechtsanwalt, Unternehmer, Vizepräsident des Vereins Bürgergesellschaft
Urs B. Rinderknecht, lic. iur., Zürich, Generaldirektor, UBS Schweizerische Bankgesellschaft
Dr. ès. sc. publ. Jean-Pierre Roth, Bern, Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Vorsteher des II. Departements
Dr. iur. Tito Tettamanti, London und Castagnola, Präsident des Vereins Bürgergesellschaft, Verwaltungsratspräsident EOP, London, Präsident SIRE Holding, Hongkong, Ehrenpräsident Saurer AG, Arbon, Verfasser von Büchern und Aufsätzen
Dr. Theodor Tschopp, Zürich, Präsident des Verwaltungsrates, Alusuisse-Lonza Holding AG, Mitglied des Verwaltungsrats der CS-Group und der CIBA Spezialitätenchemie AG
Ferdinand Zoller, Zürich, Peter Steiner AG
Jean Zwahlen, Genève, Administrateur, a. Ambassadeur, a. Directeur Général de la Banque nationale Suisse

Arbeitswelt / Monde du travail / Labour world:

Heinz Allenspach, lic. oec., a. Nationalrat, Zürich, alt Direktor, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Leitartikler bei Finanz + Wirtschaft
Renzo Ambrosetti, Bellinzona, Membro della direzione centrale, Sindacato dell'industria, della costruzione e dei servizi FLMO
André Daguet, lic. rer. pol., Bern, Geschäftsleitungsmitglied der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen SMUV, ehem. Generalsekretär der Sozialistischen Partei der Schweiz
Stefan Kuchelmeister, Zürich, Geschäftsleiter der Stiftung Chance, Beschäftigungsprojekt für Langzeitarbeitslose
Andreas Rieger, lic. phil., Zürich, Präsidialsekretär, Gewerkschaft Bau & Industrie
Dr. oec. Rudolf Walser, Zürich, Mitglied der Geschäftsführung, Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort)
Dr. Pierre Weiss, Genève, Conseiller, Fédération des Syndicats Patronaux

AUSLAND / ETRANGER / FOREIGN

Belgien / Belgique / Belgium:

Dr. Charles Goldfinger, Docteur en économie, Université de Berkeley, CA, a. Fonctionnaire à la Banque Mondiale; Directeur d'une société de télématique bancaire internationale; spécialiste des technologies de l'information et de la finance, conseiller stratégique, Auteur de livres sur la globalisation des finances et de l'économie immatérielle.

Deutschland / Allemagne / Germany:

Dr. h. c. Walter Scheel, Bundespräsident a.D., München
Dr. Hans Arnold, Riedering, Botschafter a.D., Publizist
Dr. Gert Dahlmanns, Bad Homburg, Vorstand der Stiftung für Marktwirtschaft und Politik, Frankfurter Institut

Dr. phil. Detmar Doering, Königswinter, Stellvertretender Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied der Mont Pèlerin Society, zahlreiche Buchveröffentlichungen, u.a. Herausgeber von «Kleines Lesebuch über den Liberalismus» (in 12 Sprachen übersetzt) und, zusammen mit Fritz Fliszar, von «Freiheit: Die unbequeme Idee»

Prof. Johannes Eekhoff, Staatssekretär a.D., Bonn, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik sowie Direktor der Institute für Wirtschaftspolitik und für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft an der Universität zu Köln, Miglied des Kronberger Kreises, wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Instituts, Mitglied des Aufsichtsrats der deutschen Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, Verfasser zahlreicher wirtschaftswissenschaftlicher Bücher und Aufsätze

Michael Geuenich, Düsseldorf, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglied des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Präsident des Präsidiums des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU, Vorsitzender des Kuratoriums der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Herbert Gienow, Essen, Präsident, GEC ALSTHOM Deutschland

Dr. Gerd Habermann, Bonn, Leiter des Unternehmerinstituts der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer ASU-UNI, Verfasser verschiedener Bücher und Abhandlungen

Uwe Morawetz, Zürich, Friedensuniversität Potsdam, Vorsitzender der Fördergemeinschaft zur Gründung einer Friedensuniversität (FGF) e.V.

Frankreich / France:

François Charrière, Paris, Managing Partner European Affairs, Andersen Consulting

Hervé Mariton, Crest, Maire de Crest; Ancien député, Vice président du Conseil régional de Rhône-Alpes

Gérard Montassier, Paris, Ministre plénipotentiaire, Président de la Fondation Internationale pour une Histoire de la Civilisation Européenne

Bernard Perret, Paris, Economiste, Conseil scientifique de l'Evaluation, auteur du livre «L'avenir du travail»

Italien / Italie / Italy:

Dr. Marcello Foa, Milano, Capo redattore Esteri, Il Giornale

Ing. Giorgio-Sergio Pininfarina, Torino, Presidente Pininfarina SA, già presidente della Confindustria

Onorevole Prof. Avv. Giulio Tremonti, Milano, Deputato al Parlamento italiano e membro della «Commissione bicamerale» per la riforma della costituzione italiana, già Ministro delle Finanze, Professore di diritto tributario all'Università di Pavia, autore di monografie e di numerosi articoli scientifici, condirettore della «Rivista di diritto finanziario e scienza della finanza», Membro del comitato esecutivo di «Aspen Institute Italia» e socio dell'«Istituto Lombardo, Accademia di scienze e lettere»

Prof. Guido Vestuti, Como, Avvocato, Professore di storia del pensiero sociologico, Facoltà di scienze politiche dell'Università Cattolica di Milano

Niederlande / Pays Bas / Netherlands:

Albert Oosterhoff, The Hague, Minister Plenipotentiary, Deputy director, Ministry of Economic Affairs

Österreich / Autriche / Austria:

Dr. Hannes Androsch, Wien, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Diplomkaufmann, Finanzminister der Regierung Kreisky; Vizekanzler a.D.; ehem. Vorsitzender der OECD auf Ministerebene sowie des Interimskomitees des Weltwährungsfonds, ehem. Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, Unternehmer, Gesellschafter und Vorsitzender des Aufsichtsrates der AT & S; Miteigentümer der Salinen Beteiligungs GmbH und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Österreichischen Salinen AG

Dr. Peter Jankowitsch, Paris, Botschafter, ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD und ESA, Aussenminister a.D.

Yost S. Krauss, Wien, President BoD, Kraft Jacobs Suchard Austria

Portugal:

Prof. Jorge Braga de Macedo, Lisboa, Associate Professor of Economics, Universidade Nova de Lisboa, Director, Center for Social Economics, Institute for Tropical Sciences Research, Lisbon, Research Associate, National Bureau of Economic Research, Cambridge, Massachusetts, Research Fellow, Center for Economic Policy Research, London, Former Minister of Finance, former President of the Council of Economics and Finance Ministers of the European Community (Ecofin) as well as of the Parliamentary Committee for European Affairs Member of the Executive Committee of the Trilateral Commission (Europe)

Schweden / Suède / Sweden:

Prof. Gunnar Adler Karlsson, Stockholm, Director of the Capri Institute for International Philosophy ApS

Spanien / Espagne / Spain:

Prof. Pedro Schwartz, Madrid, President of Fundesco; Member of Mount-Pèlerin Society

Tschechien / Rép. Tchèque / Czech Republic:

Dr. Jiri Schwarz, Prague, President, Liberalní Institut; Member of Mount-Pèlerin Society

Ungarn / Hongrie / Hungary:

Prof. Dr. Laszlo Csaba, Budapest, Senior Economist Kopint Datorg, Vice President, European Association for Comparative Economic Studies, Visiting professor, Europa-Universität Viadrina, Frankfurter Institut für Transformationsstudien

UK:

The Rt. Hon. Michael Portillo, London, former Minister of Employment and Defence

Frank Vibert, London, Director, European Policy Forum

Liste der Arbeitspapiere, Thesen und Kommentare

Gunnar Adler Karlsson, Wrong Problem!
Hannes Androsch, Anmerkungen zum Thema «Kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit»
Jörg Baumberger, Social consequences of unemployment, Keynote statement
Johann Eekhoff, Ursachen der Arbeitslosigkeit
Klaus Jacobs, Gedanken zum Thema Arbeitswelt: Trends und Visionen
Franz Jaeger, Plädoyer für eine Modernisierung der Beschäftigungspolitik
Beat Kappeler, Arbeit in der Gesellschaft von morgen: Informationsgesellschaft und immaterielle Volkswirtschaft
Christian Lutz, 12 thèses concernant le travail dans la société de demain
Robert Nef, Wo es Arbeit gibt, Aargauer Zeitung vom 18. Oktober 1997, Weniger arbeiten?, Aargauer Zeitung vom 15. November 1997
Andreas Rieger, Gründe für die Arbeitslosigkeit in der Schweiz, Arbeitspapier
Bernd Schips, Kurz-, mittel und langfristige Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Arbeitspapier
Marlène Schnieper, Flexibel sei die Wirtschaft, agil der Mensch, Tagesanzeiger vom 13. November 1997
Gerhard Schwarz, Geht uns die Arbeit aus?, Neue Zürcher Zeitung vom 15./16. November 1997
Serge Sierro, La formation pour la société du futur
Rudolf Walser, Arbeitslosigkeit – Ursachen, Folgen, Therapien, Arbeitspapier

Literaturliste zum Thema

Kopien dieser Unterlagen können bei Sekretariat des «Vereins Bürgergesellschaft», Limmatquai 52, 8001 Zürich, bestellt werden. FAX +41 1 251 43 74

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 95.– (Ausland Fr. 116.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05